MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

277 (20.6.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-211469

Mittwoch, 20. Juni

Mittag-Ausgabe

Verkaufspreis M. 300.–

1923 — Nr. 277

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich Mark 36000. halbmonatlich Mark 3000.–. Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto Nr. 17390 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher Nummer 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zweimal .....

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile Mk. 1000.–. Reklamen Mk. 4000.–. Alles andere laut Tarif. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 8½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streike, Betriebsstörung, usw. berechtig. zu keinen Ersatzansprüchen ausgefall. od. beschränkt. Ausgab. od. f. versp. Aufnahme v. Anzeig. Kostnr. d. Fernspr. ob. Schriftl. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Ueberall verschärfter Druck

Kurze Uebersicht

Die Besatzungsbehörden haben im Ruhrgebiet jeden Kokstransport untersagt und alle Eisenbahnlinien unter unmittelbare Kontrolle gestellt.

*

Im besetzten Offenburger Gebiet wurden die Druckmaßnahmen auf die Bevölkerung verstärkt.

*

Bei einem Attentat auf einen französischen Zug soll General Petain, der nach Mainz zu einer Parade fahren wollte, verletzt worden sein.

*

Die Reichsregierung plant energische Maßnahmen gegen die Devisenspekulation.

*

Der Reichstag beschloß, den Vertrag von Rapallo auf die russischen Randstaaten auszudehnen.

*

Die Neubildung des belgischen Kabinetts stößt auf erhebliche Schwierigkeiten.

*

Die Verhandlungen über die Gehaltserhöhung der Reichsbeamten und Angestellten haben zu einer Einigung geführt.

Erzwingung von Reparationsleistungen

Der kommandierende General der Rheinarmee erläßt, nach Meldungen aus Essen, eine Verordnung 43, wonach zur Erzwingung der Wiederherstellungslieferungen, die fraglichen Industrie- und Haldenanlagen von den Besatzungsbehörden in eigene Regie genommen oder konzessionierten Personen übertragen werden könne. Die Unkosten sollen von der deutschen Regierung oder von den deutschen Staatsangehörigen getragen werden, die die Lieferung verweigert haben. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 15 Jahren oder mit Geldstrafen bis zu 50 Millionen ℳ, Sabotageakte mit lebenslänglicher oder mindestens 10jähriger Zwangsarbeit bestraft. Direktoren von beschlagnahmten Anlagen, die Sabotageakte nicht verhindern, werden mit 15 Jahren Gefängnis und 150 Millionen ℳ Geldstrafe bedroht. Der Verkehr mit Kraftwagen und Motorrädern ist abhängig von einer Genehmigung der Besatzungsmächte, für die eine Gebühr von 50 000—500 000 ℳ zu zahlen ist.

Die Ernährungsschwierigkeiten im Ruhrgebiet

Gestern hatte bereits der „Temps" die Frage erörtert, ob durch die Militarisierung der Eisenbahn von Essen nach Dortmund die Ernährung der Bevölkerung des Ruhrgebiets gefährdet erscheint. Heute erörtert in einem offenbar inspirierten, aus Dortmund datierten Artikel die Havasagentur die gleiche Frage. Es heißt darin, daß die Bevölkerung des Ruhrgebiets befürchte, die Besetzung der Linie Essen—Dortmund würde ernste Schwierigkeiten für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nach sich ziehen. Da die deutschen Eisenbahner wie stets die Arbeit unter der Regie ablehnten, müßten jetzt auch nach Dortmund die Lebensmittel in Lastautos zugeführt werden, ein Aushilfsmittel, das wegen des Materialmangels bald versagen werde.

Die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten von Groß-Dortmund haben eine Kundgebung erlassen, in der es heißt: Infolge der Besetzung sämtlicher Bahnhöfe einschließlich der Werkstätten ist der Personen- und Frachtgüterverkehr durch die Eisenbahn völlig lahmgelegt. In Zukunft sollen die Eisenbahner mit der Ausweisung bedroht werden, wenn sie nicht gewillt sind, für die französische Regie zu arbeiten. Die Angestellten und Beamten nehmen an dem Schicksal der Eisenbahner innigsten Anteil und versichern sie ihrer tatkräftigsten Hilfe. Unsere Mitbürger dürfen versichert sein, daß seitens der berufenen Stellen alles geschieht, um auch der neuen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Vertreibung der Eisenbahner

Eine Zusammenstellung ergibt, daß in der Zeit vom 10. Januar bis 2. Juni 1923 aus ihren Wohnungen vertrieben wurden 6764 Eisenbahner, aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen 4558. Die Zahl der von Verdrängung aus den Wohnungen betroffenen Angehörigen beträgt 17 337, die Zahl der von der Ausweisung Betroffenen 11 151. Verhaftet wurden insgesamt 564 und von Kriegsgerichten verurteilt 105 Eisenbahner.

Am Montag wurden wiederum 23 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen. Für Mittwoch wurden die Ausweisungen der letzten Eisenbahner in Bingerbrück verfügt. Es handelt sich um etwa 75 Mann, nachdem in den letzten Tagen allein aus Bingerbrück 44 treu gebliebene Beamte vertrieben worden sind. Wenn auch dieses Häuflein treugebliebener Männer den Leidensweg über die Grenze des besetzten Gebiets angetreten haben wird, gibt es in Bingerbrück keinen deutschen Eisenbahner mehr. Mainz und Worms waren bei den letzten Eisenbahnerausweisungen wiederum mit 29 Beamten vertreten.

Die große Masse der Ausweisungen in Gerolstein begann heute morgen um 4 Uhr mit der militärischen Einschließung des Ortes. Streifpatrouillen von Marokkanern und Gendarmen gingen von Haus zu Haus, um die Eisenbahner herauszuholen. Diese wurden verhaftet und, ohne Reisevorbereitungen treffen zu können, im Güterschuppen des Bahnhofs eingesperrt, bis sie nachmittags 3 Uhr mit Sonderzug nach Trier befördert wurden. Die Einsperrung in den Güterschuppen und der Aufenthalt ging unter menschenunwürdigen Umständen vor sich; selbst die Notdurft mußte im Schuppen verrichtet werden. Essen wurde während des ganzen Tages nicht verabfolgt, nicht einmal Wasser durften sich die Verhafteten beschaffen. Trotz der strengen Absperrung des Bahnhofes durch französisches Militär brachte die Bevölkerung den Ausgewiesenen eine herzliche Abschiedskundgebung dar.

Unüberlegte Anschläge

General Petain verletzt?

Aus Mainz wird gemeldet: Bei dem Attentat auf den D-Zug Paris—Bingen, das bei Bodenheim ausgeführt wurde und zur Entgleisung des D-Zuges führte, ist General Petain, der sich auf der Fahrt nach Mainz befand, mitbetroffen worden. Man meint, daß die Anwesenheit Petains im Zuge bekannt geworden war und der Anschlag deshalb vorzeitig mit „behelfsmäßigen Mitteln" ausgeführt worden sei. Zwei Begleitoffiziere Petains sind getötet worden, er selber soll verwundet sein. Jedenfalls hat er die Parade, die er am nächsten Freitag in Mainz abnehmen sollte, abgesagt.

In Dortmund sind, wie laut „Voss. Ztg." jetzt festgestellt wurde, am Sonntag abend von verbrecherischen Subjekten zehn Schüsse auf einen französischen Posten abgegeben worden, die indessen nicht trafen. Da in der Stadt das Gerücht umlief, daß der Posten erschossen worden sei, und man deshalb die Verhängung einer weiteren Verkehrssperre befürchtete, verließ alles fluchtartig die Straßen. Die Vorstellung im Stadttheater wurde vorzeitig abgebrochen. Der Stadt sind wegen des versuchten Mordanschlags neue Strafmaßnahmen angedroht worden.

Wieder eine marokkanische Mordtat

Eine frevelhafte Mordtat wird aus Beurig an der Saar gemeldet: Am 8. Juni ging der Zugabfertiger Nikolaus Weber auf dem Fußwege am Bahndamm nach Hause. Von dem marokkanischen Posten wurde er gezwungen, an der gegenüberliegenden Böschung hinaufzusteigen, worauf der Posten 5 Schüsse auf ihn abgab, von denen aber 3 trafen. Erst nach einigen Stunden ließ ihn ein französischer Unteroffizier nach Hause bringen. Weber erlangte nochmals vorübergehend das Bewußtsein, wobei er die Angaben machen konnte und starb drei Tage später. Der Posten behauptet, daß er von Weber angegriffen (!) worden sei, was aber nicht glaubwürdig ist, da weder der Posten eine Verletzung aufweist, noch bei dem Erschossenen irgendeine Waffe gefunden wurde.

Willkür über Willkür

Die deutschen Eisenbahner in Gelsenkirchen sind, soweit sie sich überhaupt noch im Dienst befinden, der Willkür der Besatzungstruppen unterworfen. So wurde gestern das Lokomotiv- und Zugpersonal, das von Gelsenkirchen—Bismarck nach Buer abfahren wollte, um einen Kindertransport abzuholen, von belgischen Eisenbahnern mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, den Bahnkörper zu verlassen. Nach Rückkehr wurde das Personal einem zweistündigen Verhör unterworfen. In Gelsenkirchen-Schalke wurden gestern 6 Lokomotiven beschlagnahmt. In Langendreer verhafteten die Franzosen 40 Eisenbahner von der Straße weg, die 11 mit ihren Familien ausgewiesenen Kollegen beim Umzug Hilfe leisteten.

Im Postamt I in Dortmund wurden abermals mehrere Räume für die Unterbringung der Ingenieurkommission beschlagnahmt. — Verhaftet wurde der Postinspektor Kleinow sowie der 80jährige Rohrleger Steinhof, weil er sich geweigert hatte, den Franzosen die Lage einer Rohrleitung anzugeben. — Im Landkreis Hagen haben sich die Franzosen bis zur Keithbrücke vorgeschoben. — Die Zahl der in den letzten Tagen in den Bochumer Krankenhäusern beschlagnahmten Betten beträgt über hundert.

46 Schachtanlagen besetzt

Aus einer Uebersicht über die bis 17. Juni besetzten Zechen des Ruhrgebiets ergibt sich, daß von den bis zu dem genannten Tage besetzten 55 Schachtanlagen 9 wieder geräumt worden sind.

Neue Verkehrsbeschränkungen bei Offenburg

Seit Montag ist eine neue Verkehrseinschränkung in Kraft getreten. Auf Befehl des Brückenkopfkommandanten in Kehl müssen sämtliche Personen, die sich von Ortenberg nach Gengenbach und umgekehrt begeben, den französischen Posten auf der Landstraße am Bahnhof Ortenberg passieren. Alle sonstigen Wege zwischen Ortenberg und Elgersweier sind für den Verkehr verboten. Personen, die sich dem Posten zu entziehen versuchen, setzen sich der Verfolgung aus. Ausgenommen sind nur Landwirte, die sich auf ihre Aecker zur Arbeit begeben, die hinter der vorgeschriebenen Grenze liegen.

Der französische Kommandant hat an die Stadtverwaltung Offenburg das Ansinnen gestellt, die auf Grund des Versailler Vertrages seinerzeit vernichteten Schießstände neu zu erstellen. Der Stadtrat hat diese Forderung abgelehnt.

Die Bemühungen Englands in der Reparationsfrage

In Londoner unterrichteten Kreisen verlautet — wie von dort gemeldet wird. — daß nach Eingang der Antworten auf den englischen Fragebogen noch ein weiterer Meinungsaustausch notwendig sein wird, da die englische und französische Auffassung über den Betrieb der Eisenbahnen im Rheinland und im Ruhrgebiet, über die wirtschaftlichen Okkupationsmaßnahmen nach Aufgabe des passiven Widerstandes sowie über die Höhe der Reparationsforderungen noch nicht in Uebereinstimmung gebracht seien. Die „Times" warnen davor, diese Meinungsverschiedenheiten durch eine scheinbare Verständigung, die nur auf dem Papier stehe, und die sich nachher als undurchführbar erweise, aus der Welt schaffen zu wollen. England müsse seine Verbündeten mit gutem Willen darin unterstützen, eine endgültige und durchführbare Lösung des Reparationsproblems zu finden.

Die englischen Bemühungen zur Regelung der Reparationsfrage sollen nach einer Meldung der Pariser „Chicago Tribuna" aus Washington durch den amerikanischen Botschafter in London, Harvey, der im Juli nach England zurückkehren wird, unterstützt werden.

In London haben, obwohl die Beantwortung des englischen Fragebogens bisher unterblieben ist, Unterhandlungen der Botschafter Frankreichs und Belgiens mit Lord Curzon begonnen.

* **Vertrauensvotum für Poincare.** Poincare hatte einen Erfolg im Senat. Von radikaler Seite war beantragt worden, von dem Kredit für den Botschafter am Vatikan 1000 Franken zu streichen. Poincare stellte die Vertrauensfrage. Der Senat beschloß mit 170 gegen 117 Stimmen, den Kredit ohne Abzug anzunehmen.

Vor einer Neuregelung des Devisenverkehrs

Zentralisierung — Einheitskurse — Verschärfung der Devisenvorschriften

In der Reichskanzlei fanden Dienstag nachmittag eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken und des Wirtschaftslebens über eine Neuregelung des Devisenverkehrs statt. Die Reichsregierung geht dabei von dem Gedanken aus, daß den Führern der Wirtschaft Gelegenheit gegeben werden müsse, sich mit den Banken und der Regierung über die Frage des Devisenhandels auszusprechen. Die Besprechungen ergaben Uebereinstimmung in der Auffassung, daß der gegenwärtige Markkurs unter das wirtschaftlich und politisch berechtigte Maß herabgedrückt ist und daß die Verhinderung einer weiteren Markentwertung unbedingt geboten erscheint. Der Besprechung wohnten Vertreter der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums bei. In der Besprechung handelte es sich um die Möglichkeit einer Zentralisierung des Devisenhandels, die Vorschrift eines Einheitskurses von der Zeit der amtlichen Kursfestsetzung bis zum nächsten Tag, um Fragen einer neuen Marktstützung und um solche einer etwaigen Verschärfung der bestehenden Vorschriften. Die Regierung ließ keinen Zweifel darüber, daß sie einen stärkeren Einfluß auf das Devisengeschäft wünscht und die Vertreter der Banken haben ihren Widerstand gegen die Namensnennung bei den sogenannten Erwerbsmeldungen in gewissen Grenzen aufgegeben. Man glaubt also, daß die Devisenprüfungsstelle rasch verbessertes Material erhalten werde. Das Bekanntwerden der Beratungen hat übrigens bereits die Folge gehabt, daß Devisenmaterial herauskam, sodaß die Kurse fremder Zahlungsmittel gegen Abend eine Abschwächung erfuhren. Es hat auch den Anschein, als ob eine gewisse Aktion auch auf dem Newyorker Markt eingesetzt habe, da von dorther steigende Kurse der Mark gemeldet wurden, sodaß der Newyorker Schlußkurs für die Mark den Gleichwert des Dollars bereits auf 122 000 Mark herabgedrückt hat.

Ueber die Berliner Beratungen erhalten wir folgende Meldungen:

Es gibt in Deutschland keinen Menschen von leidlicher Einsicht und vaterländischem Verantwortungsgefühl, der sich den Gefahren der reißenden Markentwertung verschlösse, keinen, der auch darüber im Zweifel wäre, daß hier ruchlose Hände am Spiel beteiligt sind. Weder der Stand der deutschen Inflation, noch die derzeitige außenpolitische Lage, die, wie wir erneut betonen möchten, an sich keineswegs beunruhigend ist, vermögen das sprunghafte Hinauftreiben des Dollars in den letzten Tagen zu rechtfertigen. Wie die Dinge liegen, ist die Währungsfrage in ihren Folgeerscheinungen geradezu zum Angelpunkt der deutschen inneren wie der äußeren Politik geworden. Vielleicht — manche Anzeichen ließen immerhin sich so ausdeuten — ist Rettung im Anzuge. Aber diese Rettung käme zu spät und fände nur noch ein Trümmerfeld vor, wenn es nicht gelänge, die Gefahr zu bannen, die aus der jede öffentliche wie private Wirtschaft auflösenden Markverschlechterung hervorgeht.

Was alle sehen, hat gewiß auch das am Ende mit mancher ökonomischen Intelligenz ausgerüstete Ministerium Cuno gesehen. Wenn es nicht sofort zugriff, so lag das neben den Verschiedenheiten der Auffassung, die natürlich der gegenwärtigen Regierung ebenso wenig fehlen, wie ihren Vorgängerinnen, vornehmlich daran, daß man sich nicht mit klatschenden Schlägen ins Wasser begnügen mochte, sondern wirkliche Abhilfe zu bringen wünschte. Die Devisenzentrale, für die der „Vorwärts" von neuem in einem reichlich aufgeregten Artikel wirbt, wäre nach der Ansicht wirtschaftskundiger Männer ein solcher Schlag ins Wasser. Die Regierung will einen anderen Weg gehen, andere Mittel in Bewegung setzen. Der Kanzler hat gestern vormittag Besprechungen mit den Vertretern der Großbanken aufgenommen, von denen man in den Kreisen der Regierung hofft, daß sie durch durchgreifende und wirksame Maßregeln zur Beeinflussung der Devisenlage führen werden. Ueber die Einzelheiten wird, um die Spekulation und die ehrenwerte Gilde der Bassiers nicht zu Kontrominen zu veranlassen, einstweilen Stillschweigen bewahrt. Aber, daß sie streng und hart sein müssen, und was einmal verordnet wurde auch ohne Milde und falsche Scham von der Exekutive zu befolgen ist, darüber herrscht unter den anständigen Leuten aller Parteien und politischen Glaubensbekenntnisse nur eine Meinung. Wir möchten als eine Stimme, die in diesem Zusammenhang uns besonders charakteristisch erscheint, hier nur die „Zeit" zitieren. Auch das führende Blatt der Deutschen Volkspartei glaubt betonen zu müssen, daß die angekündigten Maßnahmen „nur dann irgendwie wirksam sein könnten, wenn die angedrohten Strafen in voller Schärfe und ohne Rücksicht auf die Persönlichkeiten verhängt werden."

Der „Lokalanzeiger" behauptet, innerhalb bestimmter Bankkreise bestehe der Wunsch, daß die Regierung, ähnlich wie während des Krieges, den ungefähr 15 Großbanken den Handel mit Devisen überträgt und so den Kreis der Banken enger zieht, die sich mit dem Devisenhandel abgeben. Das wird wohl nur einer der Vorschläge sein, die den derzeitigen Erörterungen über eine mögliche Marktstützung zu Grunde liegen. Soweit wir unterrichtet zu sein glauben, wird von der Regierung vornehmlich an eine Beschlagnahme der Devisenbestände gedacht, hingegen dürfte eine Marktstützung durch neue Hergabe des Reichsbankgoldes kaum geplant sein, aus dem einfachen Grunde nicht, weil schon die Aktion vom Februar bis April die Bestände der Reichsbank, wie wir nun alle wissen, arg dezimiert hat, daß sie sich nicht der Gefahr aussetzen kann, sich ganz zu entblößen, womit der notleidenden deutschen Währung am Ende am allerwenigsten gedient wäre.

*

Die Untersuchung des Marksturzes

In der Dienstags-Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Stützung der Mark wurde der Redakteur der „Frankfurter Zeitung" Oeser vernommen, der erklärte, daß seitens der Stinnesschen Verwaltung 100 000 Pfund Devisen verlangt worden seien. Das Dementi der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sei unzulänglich. In Wirklichkeit habe die Firma Stinnes eine Woche vor dem Marksturz Devisen verlangt.

Der Abg. Dernburg bemerkt, die Industrie und die Firma Stinnes hätten mit ihren großen Kohlenimporten doch kein Interesse daran gehabt, die Mark weiter zu entwerten. Abg. Rob. Schmidt-Berlin (Soz.) erklärt, die Absicht zur Verschlechterung des Markkurses werde garnicht unterstellt. Es handele sich darum, daß Industrielle, die mit dem Versagen der Marktstützungsaktion gerechnet hätten, noch schnell für sich etwas retten wollten und dadurch den Marksturz beschleunigt hätten.

* **Die Erhöhung der Reichsbahntarife.** Nach dem Beschluß des Reichseisenbahnrats sollen vom 1. Juli ab die Fahrpreise in der dritten und vierten Klasse um 200 Prozent, in der ersten und zweiten Klasse um 300 Prozent, die Gütertarife um 250 Prozent erhöht werden.

MARCHIVUM

Die belgische Ministerkrise

Nach den aus Brüssel vorliegenden Meldungen der „Frankf. Zeitung" begegnet Theunis bei seinem Versuche, ein Kabinett zu bilden, außerordentlichen Schwierigkeiten. Er hat im Laufe des heutigen Tages mit den Führern der katholischen Linken, der Liberalen und der Vlamen verhandelt, und es scheint, daß die ursprünglich in Aussicht genommene Koalition zwischen den Liberalen und Katholiken als aussichtslos fallen gelassen worden ist. Die Frage der Genter Universität und die Forderung der Vlamen nach Einführung des zweisprachigen Kommandos in der Armee, die von den Liberalen abgelehnt wird, ist nach wie vor der Stein des Anstoßes, an der alle Kombinationen bisher gescheitert sind. Theunis wird vielleicht deshalb auf die Neubildung des Kabinetts verzichten. Man spricht deshalb schon von einem Kabinett Carton de Wiart.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo" scheint es nicht für ausgeschlossen zu halten, daß ein katholisch-liberales sozialistisches Kabinett schließlich doch gebildet werden könnte. Er nennt in diesem Falle als zukünftigen Ministerpräsidenten den ehemaligen sozialistischen Ernährungsminister Wauters.

Deutscher Reichstag

⊡ Berlin, 20. Juni.

Die Erinnerung an den Rapallo-Vertrag, der einst so gewaltiges Aufsehen in der politischen Welt erregt, wurde gestern im Reichstag geweckt durch die Annahme eines Zusatzabkommens mit 6 Sowjetrepubliken, durch das diese, unter ihnen besonders die Ukraine als Teilhaber den Vertragsgegnern angegliedert werden. Dann nahm die Aussprache über das Landessteuergesetz ihren Fortgang, die indes mehr in die Breite als in die Tiefe ging und sich vornehmlich um die Bemessung der Umsatzsteuer drehte. Die Regierung vermochte ihre Forderung auf Erhöhung des Prozentsatzes von 2 auf 2½ Prozent nicht durchzudrücken. Auch sonst behielt das Gesetz die Fassung, die ihm der Ausschuß gegeben hatte. Eine Schmälerung der Zuschüsse für die Kirchengemeinden, wie sie die Sozialdemokraten verlangten, wurde abgelehnt. Die Redner, soweit sie für die Rechte der Länder und Gemeinden eintraten, zeigten sich wenig erbaut von den finanziellen Zukunftsaussichten, die sich den Einzelstaaten eröffnen, obwohl sie die Hilfe des Reichs mit der Opferung ihrer finanziellen Selbständigkeit erkaufen mußten. Für heute erwartet man eine Regierungserklärung über den Marksturz. Von der Aufnahme dieser Erklärung wird es abhängen, ob die vorgesehene Pause in den Verhandlungen überhaupt wird eintreten können. p

Das Besoldungs-Sperrgesetz im Hauptausschuß

Der Hauptausschuß des Reichstages hat eine Entschließung angenommen, die die Gültigkeit des bisherigen Besoldungsgesetzes bis 1. April verlängert. Die Regierung hat den von ihr vorgelegten Entwurf betreffend Abänderung des Besoldungsgesetzes zurückgezogen. Ferner wurde eine Entschließung des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, auf die Landesregierungen dahin einzuwirken, daß diese die Durchführung des Besoldungssperrgesetzes gegenüber den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften mit Nachdruck betreiben. Nötigenfalls sollen von Reichswegen Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz erlassen werden. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß etwa notwendig werdende Beanstandungen der Besoldungsordnung durch die Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften vom Reichsminister der Finanzen mit möglichster Beschleunigung erhoben und in dem sich anschließenden Streitverfahren möglichst schnell durchgeführt werden sollen.

Reichstagsvertagung

Trotz ein wenig verklausulierten Beschlusses des Aeltestenrats nimmt man in parlamentarischen Kreisen, wie wir mitteilen können, bestimmt an, daß der Reichstag sich heute vertagt. Zentrum und Demokraten haben sich unbedingt für diese Vertagung ausgesprochen. Eine entscheidende Wendung in den außenpolitischen Dingen in den nächsten 1½ Wochen wird in unterrichteten Kreisen auch nicht erwartet.

Die Teuerungszuschläge für Beamte und Angestellte

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten haben gestern abend zu einer Verständigung geführt. Der Teuerungszuschlag wird auf 6000 v. H. ab 16. Juni erhöht gegen 2900 v. H. bisher. Die Frauenzulage beträgt künftig 64 000 gegen 32 000. Die Besatzungszulage ist für alle Orte gleichmäßig auf 80 000 Mark festgesetzt. Die Auszahlung der Bezüge soll mit größtmöglicher Beschleunigung erfolgen.

Die Frage eines wertbeständigen Lohnsystems

Reichsarbeitsminister Brauns ist bei den Verhandlungen mit den Spitzenverbänden für schleunige Schaffung eines wertbeständigen Lohnsystems eingetreten. Die von ihm aufgestellten Richtlinien sollen nach Blättermeldungen den gewerkschaftlichen Auffassungen über diese Frage entsprechen. Im Laufe der Woche sollen Beratungen im Ministerium über diese Richtlinien stattfinden. Es ist eine neue Konferenz mit den Spitzenorganisationen vorgesehen. Auch die Gewerkschaften dürften bis dahin mit einem Programm an die Oeffentlichkeit getreten sein. Es heißt, die Gewerkschaften seien vom Goldlohn abgekommen, sie wünschten eine Angleichung der Löhne in loser, nicht schematischer Form an den Reichsindex.

Ueber die Frage der wertbeständigen Löhne, die sich manche Arbeiter- und Angestelltenkreise unter verlockender Parole der Schaffung eines sog. Goldlohnes darstellen, hat ein Mitarbeiter des B. T. gestern den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ausgefragt. Dr. Brauns meint, daß ein Lohn in Vorkriegshöhe natürlich gar nicht diskutabel sein kann. Der Arbeitsminister scheint eine gleitende Lohnskala im Auge zu haben, freilich keine ganz automatische, sondern eine mit allerhand Sicherungen versehene. Von einem reinen Goldlohn befürchtet er, unseres Erachtens mit Recht, eine neue und schwere Erschütterung unserer Währung, die eines Tages die Papiermark gänzlich wertlos machen könnte. Der Minister meinte, man müßte die Löhne im Verhandlungswege für begrenzte Zeiträume, vielleicht für einen Monat, festsetzen, aber in die Abmachungen eine Klausel aufnehmen, die für die Dauer eben dieser Abmachungen eine Anpassung je nach der Bewegung der Lebenshaltungskosten vorsieht. Am Ende des Monats wäre dann erneut zu verhandeln. Die Bewegung der Lebenshaltung will der Minister an einem verbesserten Index bemessen. In Betracht käme eine Nachprüfung des bisherigen Indexes, ein beschleunigtes Ermittlungsverfahren und schließlich eine häufigere, etwa wöchentliche Veröffentlichung.

Severing verteidigt seine Politik

Im preußischen Landtag verteidigte gestern der preußische Innenminister Severing seine Politik. Die volksparteiliche Anfrage über die proletarischen Hundertschaften fertigte der Minister ziemlich kurz ab, eigentlich nur mit der opportunistischen Erklärung, diese Organisationen seien ja nunmehr pflichtgemäß aufgelöst worden. Auch über die jüngsten schweren Krawalle im Ruhrgebiet wurde eine erschöpfende Darstellung, wie man sie hätte erwarten dürfen, nicht gegeben. Man hält im preußischen Innenministerium nach wie vor an der bequemen Version fest, daß es sich dabei nicht wie weite Kreise des deutschen Volkes anzunehmen gewillt sind, um eine planmäßig vorbereitete Aktion der Kommunisten, sondern um eine aus Lohn- und Ernährungsschwierigkeiten spontan (?) entstandene Bewegung gehandelt habe.

Lebhaft wurde es auf der rechten Seite des Hauses, als der Minister auf den Fall Schlageter einging und die Mitteilungen des „Vorwärts", denen zufolge Schlageter von den Angehörigen seiner eigenen Kolonne, die in unmittelbarer Fühlung zu Roßbach gestanden haben soll, schmählich an die Franzosen verraten worden ist. Durch diesen verabscheuungswürdigen Zug wird das Bild, das wir von diesem Freischärlertum bisher hatten, nicht eben anziehender. Ein Geständnis der so schnöden Verrats Bezichtigten liegt allerdings nach Severings Angaben noch nicht vor, doch sollen die Beschuldigten bereits zugegeben haben, daß sie im Solde des französischen Spionagedienstes in Essen standen. Immerhin beeilte sich der deutschnationale Sprecher im Namen seiner Partei von dem arg Bloßgestellten soweit wie möglich abzurücken.

Den Feststellungen des Ministers Severing im Landtag über den Fall Schlageter und die Festnahme von Heinz-Hautenstein schließt sich nunmehr eine Berichtigung an, die der Elberfelder Polizeipräsident der Bergisch-Märkischen Zeitung entgegensetzt. Aus ihr erfährt man, daß Hautenstein lediglich eine Ausrede gesucht hat, als er von der von ihm beabsichtigten Befreiung Schlageters erzählt hat. Auch ein dringlicher Hilferuf Schlageters an Heinz ist in Wahrheit nicht erfolgt. In der Berichtigung wird auch gesagt, daß der Verräter Schneider, der Schlageter bekanntlich an die Franzosen verraten hat, am 12. Mai abends auf dem Bahnsteig in Schwerte zu dem ihn transportierenden Schutzpolizeibeamten erklärt hat: Heinz hätte die Spritze zu dem Blausäureattentat gegen Scheidemann geliefert.

Badischer Landtag

In Beginn der Dienstag-Nachmittagssitzung kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hauemann (D.Nat.) gestellte kurze Anfrage, ob die Regierung bereit sei, über die Verhandlungen der Regierung mit dem Beamtenbund in der Urlaubsfrage Auskunft zu geben, wurde von Regierungsseite geantwortet: Die Regierung ist jederzeit bereit, Auskunft zu erteilen." (Große Heiterkeit.) — Abg. Mager (D.N.) ruft zu der Regierung: Rüpelei! — Präsident Baumgartner: Ich muß diesen Ausruf aufs schärfste zurückweisen. — Abg. Mager: Ich werde den Ausdruck wiederholen, wenn wir wieder eine solche Antwort erhalten. — Auf eine weitere Anfrage von deutschnationaler Seite über die Untersuchung über den Stand des Gerichtsverfahrens gegen die Land- und Siedelungsbank (Hagenschießunternehmen) wurde von einem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß die Voruntersuchung noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Die Beweisaufnahme ist zwar beendet, aber das Gutachten ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Der größte Teil des Gutachtens, eine 750 Seiten umfassende Darstellung liegt jedoch bereits vor. Die Erkrankung des Sachverständigen und der große Umfang des zu bewältigenden Stoffes haben die Fertigstellung des Gutachtens verzögert. Es ist aber zu hoffen, daß im Laufe des Sommers sie zu Ende gebracht wird. — Auf eine dritte deutschnationale Anfrage über Maßnahmen der Regierung bei Besetzung des Alt-Mannheimer Hafengebietes wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, die Regierung habe Richtlinien aufgestellt, die sich aber nicht zur Veröffentlichung eignen.

In zweiter Lesung wurden die Gesetzentwürfe über die Aenderung des Hinterlegungsgesetzes, über die Aenderung des Einführungsgesetzes zu Reichsjustizgesetzen und der Gesetzentwurf über die badische Kreisordnung angenommen.

Darnach berichtete Abg. Sack (Ztr.) über den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Gesetzes über Maßregeln gegen die Reblauskrankheit. Durch die reichsgesetzlichen Bestimmungen sind die badischen Gesetzesbestimmungen gegenstandslos geworden. Namens des Rechtspflegeausschusses stellte der Berichterstatter den Antrag, für die Wiederbepflanzung der Reblausherde Wurzelreben aus den staatlichen Muttergärten kostenlos zur Verfügung zu stellen. — Der Gesetzentwurf wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen (Kommunisten) angenommen, ebenso der Antrag des Ausschusses.

Ein Antrag Röckel (Ztr.) über die Förderung der Schafzucht und die Wiedereinführung der Gemeindeschäfereien und in Verbindung damit ein Gesuch des Süddeutschen Schäfereiverbandes um Milderung der behördlichen und veterinärischen Verordnungen zur Ausübung der Wanderschäferei wurde einstimmig angenommen und das Gesuch des Süddeutschen Schäfereiverbandes wurde der Regierung überwiesen. Der Landbundantrag betr. die Abänderung des Jagdgesetzes dahin, daß die Gemeinden berechtigt sind, die Gemeindejagden außer durch Versteigerung auch auf dem Wege schriftlichen Angebots vergeben zu können und daß der Jagdpreis in Sachwerten festgesetzt werden kann, wurde abgelehnt. Mittwoch: Kleine Vorlagen.

* * *

Verhaftungen in der Windschläger Sprengangelegenheit

Die anläßlich der Schienensprengung bei Windschläg verhafteten elf Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Die Voruntersuchung gegen sie ist eingeleitet. Sie erfolgt zunächst aufgrund des Sprengstoffgesetzes. Der von den Franzosen verhaftete Bürgermeister von Windschläg wird vor ein Kriegsgericht gestellt. Er wird von den Franzosen beschuldigt, er sei Schuld daran, daß die Gemeinde die Bahn nicht überwacht habe. Die Gemeinde Ebersweier hat die ihr auferlegte Geldbuße von 5 Millionen bezahlt, worauf ihr Bürgermeister auf freien Fuß gesetzt wurde.

Auslandsrundschau

London, 19. Juni. Der Unterstaatssekretär für Luftfahrtwesen erklärte im Hinblick auf die bevorstehende Luftkonferenz, es wäre wünschenswert, Deutschland wegen seiner technischen Erfahrenheit insbesondere im Bau von Zeppelinen einzuladen. Es sei aber mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, wie sie durch die Besetzung des Ruhrgebiets geschaffen worden, für Deutschland nicht möglich, sich der Konferenz anzuschließen. Sei die gegenwärtige Lage geklärt, erhofft er ein freundschaftliches Zusammenarbeiten aller Nationen. Der Kongreß, der durch den Prinzen von Wales eröffnet werden soll, wird sich ausschließlich mit der Handelsluftschiffahrt beschäftigen.

* **Zollkrieg zwischen Frankreich und Portugal.** Nach einer Meldung des „Journal" wird von heute ab auf Landesprodukte und Waren aus Portugal der Maximalzolltarif erhoben. Damit ist der längst angekündigte Zollkrieg zwischen Frankreich und Portugal endgültig eröffnet.

* **Mussolini droht mit der Auflösung der Kammer.** Mussolini beabsichtigt, wie das „Giornale d'Italia" authentisch wissen will, die Kammer sofort aufzulösen, falls die Wahlreform nicht durchgeht.

* **Die ostkarelische Frage.** Der finnländische Vorschlag, die ostkarelische Frage dem Haager Schiedsgerichtshof zu überweisen, hat Rußland veranlaßt, dem Schiedsgerichtshof eine Erklärung zu übersenden, worin es heißt, daß Rußland das Haager Schiedsgericht nicht als zuständig anerkennen könne, da die karelische Frage eine innere Angelegenheit Rußlands sei.

Letzte Meldungen

Zugentgleisungen

In der Nacht vom 17. auf den 18. Juni entgleiste ein Güterzug der französisch-belgischen Regie bei dem Block Ohndorf der Strecke Elsdorf-Bedburg. Im Bahnhof Pfalzdorf entgleisten beim Rangieren 7 Personenwagen und ein beladener Güterwagen der französisch-belgischen Regie. An der im Bau befindlichen Strecke Libiar-Dernau werden zurzeit in der Nähe des Bahnhofes Rheinbach die dort lagernden Schwellen von den Franzosen ausgeladen und abbefördert.

---

* **Der Reichspräsident in Weimar.** Reichspräsident Ebert, der am Abend einer Vorstellung des Hamlet im Deutschen Theater beiwohnte, wurde vom Vorsitzenden des Schillerbundes, Prof. Scheidemantel, begrüßt. Reichspräsident Ebert wandte sich in seiner Ansprache an die Söhne Rheinlands und Westfalens, deren Heimat unter fremder Willkür leide. Deutscher Geist und deutsches Volkstum werde nie untergehen. Die deutsche Jugend sei die Hoffnung und die Zukunft des Vaterlandes. Nachdem der Reichspräsident ein Hoch auf Deutschland ausgebracht hatte, stimmten die Anwesenden das Deutschlandlied an.

Was das Gefühl über das Greifbare hinaus aufbaut, reißt der Verstand nieder.

* * *

Helene

Groteske von Curt Selbert.

Frau Helene Schnabel hatte am 1. April ein Mädchen geboren, das zwei Tage später verstarb. Dieser* Unglücksfall rief große Trauer in der ganzen Familie hervor. Trotzdem hatte Herr Schnabel als guter Bürger pflichtgemäß die Geburt und den Todesfall bei dem zuständigen Polizeirevier 5 angemeldet.

Um so größer war sein Erstaunen, als er nach einem Jahre vom Polizeirevier 5 die Aufforderung erhielt, sein am 1. April geborenes Kind impfen zu lassen. Da Schnabels keine weiteren Kinder hatten, konnte nur das tote gemeint sein.

Frau Schnabel ging daher auf das Polizeirevier 5, wo der Vorsteher nach Einsicht des Falls ein Protokoll aufnahm.

„Sie heißen?"

„Helene Schnabel."

„Also: Es erscheint die unverehelichte Helene Schnabel . . ."

„Ich bin verheiratet."

„Warum sagen Sie das nicht gleich? Also: Es erscheint die verehelichte Frau Helene Schnabel, um ihr Kind impfen zu lassen."

„Das geht aber nicht, das Kind ist ja tot."

„Dann hätten Sie es vorher impfen lassen müssen."

„Es ist sofort nach der Geburt gestorben."

„Also: Da das totgeborene Kind der Frau Helene . . ."

„Aber es hat doch zwei Tage gelebt!"

Ein zwei Tage altes Kind impfen zu lassen, ist nicht statthaft. Damit hätten Sie ein Jahr warten müssen."

„Aber das Kind ist doch . . . . ."

„Schweigen Sie! Wollen Sie das Kind nun impfen lassen oder nicht?"

„Nein, da es doch . . ."

Also Frau Helene Schnabel will ihr Kind nicht impfen lassen, da es bereits vor einem Jahre verstarb. Die Sache ist erledigt. Sie können gehen."

Das tat Frau Schnabel auch, und man beruhigte sich über die Störung. Aber man hatte nicht mit der Gründlichkeit des Reviers Nummer 5 gerechnet. Nach genau drei Monaten wurde Herrn Schnabel in sehr energischer Form eine hohe Geldstrafe angedroht, falls er nicht umgehend seine Tochter „Helene" impfen lasse.

Schnabels befanden sich in der Sommerfrische, die ihnen dadurch wesentlich getrübt wurde. In einem höflichen Schreiben machte Herr Schnabel, der ein guter Bürger war, dem Revier 5 klar, daß er seltens gar keine Tochter Helene habe. Daß sein Kind vor fünfviertel Jahren zwei Tage nach der Geburt verstorben sei. Daß er zwei Tage nach der Geburt diese, und zwei Tage nach dem Tode jenen schriftlich gemeldet habe. Daß er leider nicht imstande sei, dieses Kind impfen zu lassen, und nicht gewillt, die Strafe zu zahlen. Hochachtungsvoll undsoweiter.

Nach verhältnismäßig kurzer Zeit erhielt Herr Schnabel die Antwort des Polizeireviers 5. Es sei nunmehr amtlich festgestellt, daß sein Kind „Helene" zwei Tage nach seinem Tode geboren und zwei Tage vor seiner Geburt gestorben sei. Aus diesen Gründen werde ihm die Strafe erlassen. Auch können von einer Impfung des Kindes Abstand genommen werden. Es sei noch zu bemerken, daß sein Kind „Helene" nicht getauft sei und daher diesen Namen offiziell nicht führen dürfe.

Herr Schnabel ist ein guter Bürger und hat beschlossen, nicht mehr zu antworten. Aber er hat auch beschlossen — und das wird er halten —, ganz energisch gegen das Polizeirevier 5 vorzugehen, falls er nach 14 Jahren aufgefordert werden sollte, seine Tochter „Helene" konfirmieren zu lassen.

Theater und Musik

⊡ **Viertes Würzburger Musikfest im Kaisersaal der Residenz** (23.—30. Juni). Das Programm zeigt ein zweites Mozartfest im Anschluß an das vorjährige an. Prof. Fischer hat es sich zum Ziel gesetzt, diesen großen schöpferischen Genius der Rokokomusik in den schönsten Räumen, die jene Zeit erstehen ließ, ein Denkmal zu setzen. Würzburg ist ja vorangeschritten, wenn es diese Denkmäler höchster Gestaltungskraft, diese herrlichen Räume wieder zu lebendigen, kunstschöpferischen Werkstätten der Kunst machte. Vielleicht werden spätere Jahrhunderte einmal über unser Museumsjahrhundert lachen, d. h. man wird es nicht begreifen, daß man aus solchen Bauten Ausstellungsräume machte und sie dem Leben wie der Gegenwart entzog. Wer einmal an diesen Konzerten teilnahm, und die bezaubernde Anmut, die allüberall lebendig wurde, empfand, weiß, welcher einzigartige Genuß hier bevorsteht. Nicht allein auf die Zuhörer wirkt die berauschende Fülle künstlerischer Schönheit, der wundervolle Zusammenhang dieser in Linien und Farben singenden musikalischen Architektur mit den herrlichen Harmonien eines Mozart oder Haydn geradezu hinreißend. Auch die Musiker selbst erhöhen ihr Spiel zu höchster Schönheit. Da spannen sich alle Kräfte, das Lustgefühl zuckt in allen Fibern und ganz anders als in nüchternen, modernen Konzertsälen tyndete und belebte sich der Vortrag. Hinzukommt die wundervolle Akustik, die den leisesten Ton widerhallen läßt. Man weiß, daß hier kein hundertköpfiges Orchester mit Pauken und Trompeten am Platze ist. Daß Stil auf deutsch Stimmung heißt, wird gerade in diesen Konzerten in diesen Räumen offenbar. Harmonischer Zusammenklang, abgeklärte Einheit der Akkorde, die unserem Auge wie unserem Ohr entgegenrauschen, erhebt sich hier zu überwältigender und beseligender Fülle wie Weisheit. Zu zwei Orchesterkonzerten (23., 30. Juni) kommen zwei Kammermusikabende (26., 28. Juni). Zilcher wird uns mancherlei aus dem unerschöpflichen Quell Mozartischer Musik verabreichen. Wenn das Wetter günstig ist, soll den Konzerten Nachtmusik im Hofgarten folgen, für die der Dirigent uns mancherlei Ueberraschung verspricht. Des Würzburger Publikums ist bekanntlich Dirigent sicher und diese Konzerte sind im Laufe der Jahre ein fester Bestand geworden, besser und wohltätiger wirkend als sogenannte Volksfeste. Aber vielleicht lockt es doch manchen echten Kunstfreund, Rokokoarchitektur im Geiste der Zeit, mit Rokokomusik erfüllt zu genießen, reiner und reicher, als wenn er bei nüchternem Tageslicht die Räume durcheilt. Denn dann hat er ein Ausruhen in diesen Räumen, ein Atmen und Aufgehen. Er läßt die Dämmerung bei süßer, entzückender Musik kommen und ihre kalten Schatten den herrlichen Saal erfüllen. Er erlebt aber auch, daß die in kaltes Abendlicht untergetauchten Räume sich bei den verführerischen Klängen einer Serenade sich mit warmem Kerzenschein füllt. Wahrlich überreiche, wie sonst gereichte Schönheit, unendlicher Genuß, nur hier zu erfassen, nur hier uns den nüchternen Alltag, die trostlose Zeit vergessen machend. P. K.

Kunst und Wissenschaft

⊡ **Heidelberger Ehrendoktor.** Baurat Ludwig Schmieder, der im vergangenen Jahre aus Anlaß der nach seinen Plänen erfolgten Fertigstellung der „Mensa academica" zum Ehrenbürger der Universität Heidelberg ernannt worden war, ist neuerdings von der medizinischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt worden.

⊡ **Der Astronom Wolf 60 Jahre.** Der Direktor der badischen Landessternwarte auf dem Königstuhl, Geh. Rat Prof. Dr. Max Wolf, feiert am 21. Juni seinen 60. Geburtstag. Seit 1890 wirkt Dr. Wolf in Heidelberg. Als erster wandte er das photographische Verfahren zum Aufsuchen von Planetoiden mit großem Erfolg an und baute diese Erfindung aus, so daß auch die Photographie der Nebelflecke möglich wurde. 1905 glückte ihm nicht allein die Entdeckung der ersten Fixsterneigenbewegung, sondern auch das Ausmessen derselben. Zahlreiche weitere Entdeckungen folgten, die in einer Reihe Veröffentlichungen niedergelegt sind.

⊡ **Nenn Grimm †.** In Leipzig ist der Kunstmaler und Illustrator Arno Grimm gestorben. Seine Aquarelle über das Werden ätherischer Oele füllen einen Saal im Deutschen Museum in München. Die Illustrationen zu dem dreibändigen Prachtwerk „Die Pflanzenwelt" des Bibliographischen Instituts stammen von ihm. — Georg Hendrik Breitner, einer der bedeutendsten Maler des heutigen Hollands, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Breitner gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der großen Haager Schule. Anfänglich schuf Breitner besonders Pferde-, Soldaten- und Manöverbilder. Dann wurde er der moderne Maler der Stadt Amsterdam, in der er sich 1886 niederließ.

MARCHIVUM

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, 19. Juni 1923

Starke finanzielle Belastung durch Annahme der erhöhten Wohnungsabgabe — Ein Zwischenfall

Die gestrige Sitzung des Bürgerausschusses, die in Verhinderung des Oberbürgermeisters Dr. Kutzer von Bürgermeister Ritter geleitet wurde, beschäftigte sich mit Fragen von außerordentlich großer Tragweite. Anfänglich hatte es fast den Anschein, als ob der Bürgerausschuß nicht beschlußfähig sei; die Verlesung der Präsenzliste ergab jedoch die Anwesenheit von 73 Mitgliedern. So konnte in die Beratung eingetreten werden.

Das Kollegium hörte zunächst die Mitteilungen des Bürgermeisters Ritter über die Beschlüsse des gemischten beschließenden Ausschusses an, die fast durchweg unerfreuliche Gebührenerhöhungen betrafen. Debattelos wurden die Positionen „Gemeindegebühren" und „Entnahmen aus der Rücklage" genehmigt. Die stadträtliche Vorlage über die „Erhöhung der Feuersicherheit im Nationaltheater", für die 75 Millionen ℳ angefordert waren, wurde vom Vorsitzenden überraschenderweise zurückgezogen. Das Motiv hierzu bildete der Umstand, daß die Bauausführungen zu dem vorgesehenen Termin nicht ausgeführt werden können und deshalb bis zu den nächsten Ferien verschoben werden müssen. Der Stadtrat war insofern mit der Zurückziehung der Vorlage einverstanden, als auch von anderer Seite ein diesbezüglicher Antrag bei ihm eingelaufen war.

Der Redefluß setzte bei der nun folgenden Besprechung der „Wohnungsabgabe" und des Wohnungsbau-Programms 1923" recht lebhaft ein und erschien nahezu unversiegbar. Bei dem ursächlichen Zusammenhang der Punkte „Erhöhter Beizug zur Wohnabgabe" und den „Ausgleichsfonds zur Erhaltung bestehender Wohnungen" wurden alle drei Vorlagen in die Debatte mit einbezogen. Was nun die Wohnungsabgabe anbelangt, so haben wir schon letzter Tage darauf verwiesen, daß sie eine ungeheure Belastung der Bürgerschaft, insbesondere aber des Mittelstandes herbeiführt. Wer eine Dreizimmerwohnung besitzt, hat eine monatliche Wohnungsabgabe von 23 000 ℳ zu entrichten. Der ablehnende Standpunkt der deutschliberalen Rathausfraktion trug diesen Gesichtspunkten Rechnung, indem sie geschlossen gegen die Vorlage stimmte. Wie Stv.-V. Noll ausführte, ist für eine Sechszimmerwohnung in der Oststadt eine Wohnungsabgabe von 46 000 ℳ zu bezahlen. Dies entspricht einer Wohnungsabgabe von 7700 ℳ pro Raum im Monat. Die Sozialdemokraten hatten Stv. Dr. Hirschler als Wortführer vorgeschickt, der vorweg erklärte, daß sich seine Fraktion auf den Boden der Vorlage stelle. Das Zentrum ließ durch Dr. Thelen versichern, daß es die schwere Belastung der Bevölkerung durch Annahme der Vorlage wohl verstehe. Trotzdem aber würden sie der Vorlage, die sie als einen Notbehelf ansehen, ihre Zustimmung erteilen. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat im Gegensatz zu den Vorredner schwere Bedenken gegen die Vorlage durch ihren Sprecher Stv. Schneider ins Treffen geführt. Er schiebt einen Teil der großen Wohnungsnot in Mannheim den Stellen in die Schuhe, die nicht rechtzeitig bei den Behörden für die erforderlichen Mittel zur Erhaltung der bestehenden Wohnungen und Gebäude eingetreten sind. Als eine direkte Folge dieser Unterlassungssünde sei die Vorlage zu bezeichnen, die seine Fraktion ablehne. Stv. Perrey (deutschnat.) erklärte namens seiner Fraktion, daß sie die stadträtliche Vorlage ebenfalls ablehne, da die Belastungen so groß sind, daß sie nicht getragen werden können. Er verlangt die Prüfung der dem Stadtrat übergebenen praktischen Vorschläge, die von Fachleuten angefertigt und von Finanzleuten begutachtet wurden. Den erhöhten Beizug zur Wohnungsabgabe kann Redner ebenfalls nicht für eine günstige Lösung des Problems halten, da der Verwaltungsapparat prozentual mehr Kosten verursache, als wie Mittel hereingehen.

Nun kam es zu einem Zwischenfall. Der Kommunist Erle bläst wieder die kommunistische Posaune mit vollen Backen. Er spricht von allem möglichen, aber nur nicht zur Vorlage. Der Vorsitzende unterbricht ihn schließlich mit der Bemerkung, daß seine Auslassungen doch nichts mit der Wohnungsabgabe zu tun hätten. Der kommunistische Redner nahm aber von dieser Belehrung keinerlei Notiz, verstieg sich vielmehr zu der absurden Aeußerung, daß die Regierung das Ruhrabenteuer angezettelt und hierfür auch genügend Geld habe. Da diese maßlose kommunistische Agitationsphrase vom Vorsitzenden leider nicht gerügt wurde, verließen die deutschliberale wie die deutschnat. Fraktion als Protest gegen die Geschäftsführung des Vorsitzenden wie gegen die unerhörten Auslassungen des Kommunisten Erle ostentativ den Sitzungssaal. Als der Vorsitzende dies bemerkte und Erle in seinem Volksversammlungston Regierung und Behörde in den bekannten kommunistischen Zerrbildern weiter kritisierte, erinnerte der Vorsitzende den Redner zum zweiten Male daran, daß dies nichts mit der Vorlage zu tun hat. Außerdem verlas er ihm noch den diesbezüglichen Paragraphen der Geschäftsordnung. Dabei blieb es aber auch. Ein Ordnungsruf oder eine Rüge wurde nicht erteilt. Deshalb blieb den beiden Rechtsparteien, um ihrer Entrüstung Ausdruck zu verleihen, auch kein anderer Ausweg, als vorübergehend den Saal zu verlassen.

Von der demokratischen Fraktion hatte Stv. Scheel die undankbare Aufgabe, für die Annahme der Vorlagen zu plädieren. Bezüglich des erhöhten Beizugs hat er eine Reihe von Wünschen.

Für die deutschliberale Fraktion sprach Stv. Moses in übereinstimmenden Ausführungen. Er knüpfte an die Auslassungen des Stv.-V. Noll an, der sagte, daß Mut dazu gehörte, diese Vorlage einzubringen. Redner verschließt sich absolut nicht gegen die große Wohnungsnot, an deren Beseitigung er selbst tätigen Anteil nimmt. Aber er kann nicht verstehen, daß im Bürgerausschuß über die erhöhte Wohnungsabgabe gesprochen wird, während sich das Reich und der Landtag noch nicht damit beschäftigt haben. Den Pflichtsatz des Staates lehne seine Fraktion nicht ab, weil man dazu kein Recht hat. Nach seinem Dafürhalten ist es viel wichtiger, den Staatsrat zu genehmigen und die Stadtverwaltung zu veranlassen, Auskunft zu geben über die Wege, die hier gezeigt worden sind. Dann könne man mit ganzer Kraft daran gehen, den Wohnungsbau, der nicht auf den Schäden dieser Vorlage beruht, zu fördern. Seine Fraktion sei gerne bereit, einer Vorlage zuzustimmen, die auf der Leistungsfähigkeit des Einzelnen basiert, aber nicht schematisiere, wie die Vorlage des Stadtrats, die seine Fraktion aus diesem Grunde ablehne.

Nach dem Fraktionsvorsitzenden sprach dann noch Stv. Menth vom Deutschliberalen, der das unhaltbare Verlangen des Stadtrats beleuchtete, von 95% der Mannheimer Bevölkerung eine Abgabe zu verlangen, deren Ergebnisse kaum nennenswerte Aenderungen im Wohnungsbau erbringen. Sodann polemisierte er gegen die unfairen Auslassungen des Stv. Erle.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung sprachen drei Stadtverordnete zu den Vorlagen. Als der Stv. Schneider feststellte, daß der Hausbesitz selbst am meisten unter der Wohnungsnot leide, forderte er den Widerspruch des Stv. Dr. Hirschler heraus, der diesen Satz als „wirklich originell" bezeichnete. Bürgermeister Dr. Walli geht dann in seinem Schlußwort in längeren Darlegungen auf die Vorlagen ein, in denen er für deren Annahme eintritt, da sonst der Wohnungsbau wiederum verschoben würde.

Die Debatte über die Wohnungsabgabe und die damit zusammenhängenden Vorlagen dauerte über 2¼ Stunden. Die Abstimmungen ergaben die Annahme der Stadtratsbeschlüsse gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten. Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses, in der der Voranschlag der Stadt beraten wird, findet in der ersten Hälfte des nächsten Monats statt.

Sitzungsbericht

Bürgermeister **Ritter** eröffnet um 4.30 Uhr die Sitzung. Er gedenkt des verstorbenen Stadtverordneten **Meier** (Soz.). Das Haus erhebt sich zur Ehrung von den Sitzen. Dann gibt Bürgermeister Ritter die Beschlüsse des gemischten beschließenden Ausschusses bekannt, die bereits veröffentlicht wurden.

Gemeindegebühren

Stadtratsbeschluß: „Die städt. Verwaltungsgebühren werden mit Wirkung vom Tage der Staatsgenehmigung an nach dem Tarif erhoben. Die Gebühren erhöhen oder ermäßigen sich in demselben Verhältnis, in dem sich die Besoldungsbezüge der städtischen Beamten gegenüber dem Stande vom 1. April 1923 ändern. Für je 40 Prozent durchschnittlicher Erhöhung der Besoldungsbezüge gegenüber dem Stande vom 1. April 1923 werden vom Beginn des auf die Besoldungserhöhung folgenden Monats ab 50 Prozent Aufschlag zu den Gebühren erhoben. In demselben Maße tritt auch eine Ermäßigung der Gebühren bei Herabsetzung der Besoldungsbezüge ein. Bruchteile von 50 Prozent bei den Erhöhungen oder Herabsetzungen bleiben außer Betracht."

Stv.-V. Ihrig (Dem.) begründet die Vorlage der Gemeindegebühren, und empfiehlt sie zur Annahme. Die Gemeinde könne mit den alten Gebühren nicht mehr auskommen. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erhöhung der Feuersicherheit im Nationaltheater

Stadtratsbeschluß: „Zur Erhöhung der Feuersicherheit im Nationaltheater wird die bestehende Rauchabzugsöffnung über dem Bühnenhaus des Naionaltheaters von 9 qm auf 35 qm vergrößert. Hierfür werden aus der allgemeinen Rücklage des Voranschlags 1923 75 Millionen Mark zuzüglich der nach dem 15. Mai 1923 durch Lohn- und Materialpreissteigerungen sich ergebenden Mehraufwendungen bewilligt."

Bürgermeister **Ritter** gibt bekannt, daß die Vorlage zurückgezogen wird.

Entnahmen aus der Rücklage

Stadtratsbeschluß: „Einzelne im Voranschlag nicht vorgesehene Maßnahmen können bis zum Betrag von 10 Millionen Mark aus der Rücklage des Voranschlags für 1923 entnommen werden."

Stv.-V. **Gruber** (D. V.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme, was ohne Debatte geschieht.

Wohnungsabgabe und Bauprogramm 1923

Stadtratsbeschluß: „1. Der Gemeindebeschluß vom 19. Dezember 1922/31. Januar 1923 wird aufgehoben.

2. Für die Zeit vom 1. Juli 1923 bis 31. März 1924 beträgt der gemeindliche Zuschlag zur Wohnungsabgabe monatlich 200 v. H. des Gebäudesteuerwerts. Sollten die Bezüge der Reichsbeamten gegenüber dem Stande am 1. Juli 1923 steigen, so erhöht sich der Zuschlag in dem Verhältnis der Steigerung, wobei die Erhöhung des Zuschlags am 1. des auf die Aenderung der Bezüge folgenden Monats beginnt.

3. Die Abgabeschuld für die einzelnen Monate kann auch vor ihrer Fälligkeit im Voraus entrichtet werden. In diesem Fall wird eine etwaige Erhöhung des Abgabesatzes, die sich für diejenigen Monate, für welche vorausgezahlt wird, aus der Steigerung der Beamtenbezüge ergeben sollte, nicht nacherhoben. Außerdem werden an jeder vorausgezahlten Monatsrate für jeden Monat der Vorauszahlung 3 v. H. der Monatsrate nachgelassen. Die Vorauszahlung hat innerhalb 8 Tagen nach Anforderung der zuletzt fälligen Monatsrate zu erfolgen.

4. Der Reinertrag des gemeindlichen Zuschlags wird verwendet: a. zur Verzinsung und Tilgung der seit 1. Oktober 1920 für die Förderung des Wohnungsbaues aufgenommenen Anlehen und Reichsvorschüsse; b. zur Fertigstellung der Wohnungsbauten 1921/22; c. zur Förderung der Beschaffung von Wohnungen in Neubauten im Jahre 1923 1. durch die Stadt, 2. durch Bauvereinigungen und Private nach dem Ermessen des Stadtrats; d. zur Förderung der Einrichtung von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden, insbesondere durch Ein- oder Umbauten. Neubauwohnungen dürfen in der Regel nur an fertigen Straßen mit vorhandenen Leitungen erstellt werden; die Wohnfläche soll in der Regel nicht über 60 Quadratmeter je Wohnung betragen.

5. Zur Deckung der Ertragswerte der durch Ein- oder Umbau in städtischen Gebäuden zu erstellenden Wohnungen wird ein Kredit bis zu 30 Millionen Mark aus Anlehensmitteln bewilligt. Der Kredit wächst entsprechend dem Wachsen der Baukosten."

Erhöhter Beizug zur Wohnungsabgabe

Stadtratsbeschluß: Aufgrund des § 11 Absatz 1 Satz 3 des Reichswohnungsabgabegesetzes in der Fassung v. 28. März 1923 und des § 10 Absatz 3 des Badischen Ausführungsgesetzes vom 13. April 1923 wird mit Genehmigung des Badischen Staatsministeriums mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab bestimmt:

I. Zu höheren Zuschlägen zur Wohnungsabgabe werden herangezogen:

1. mit einem Zuschlag von 100 Proz. der gemeindlichen Wohnungsabgabe für ihre zum Geschäftsbetrieb benützten Räume: die Dielen, Bars, Kabaretts, Likörstuben und ähnliche Betriebe,

2. mit einem Zuschlag von 50 Prozent der gemeindlichen Wohnungsabgabe für ihre zum Geschäftsbetrieb benützten Räume: a) die Kreditbanken, Bankiers, Depositenkassen, Wechselstuben und dergleichen, mit Ausnahme der Genossenschaftsbanken, die Versicherungsgesellschaften, b) die Juweliere, die Edelmetall- und Edelsteinaufkäufer, die Uhrmacher, welche in erheblichem Umfang Edelmetall- und Edelsteinhandel treiben oder Juwelierwaren verkaufen, die Kunst- und Antiquitätenhändler, die Geschäfte, welche vorwiegend Möbel, Teppiche, Vorhänge oder sonstige Schmuck- und Ziergegenstände für vornehmere Wohnungsausstattung, Luxuskonfektions- oder Luxuslederwaren führen, die Pelzwarengeschäfte, die Kraftwagenhandlungen, c) die Konditoreien, Zuckerwarenhandlungen und Kaffeehäuser, d) die Inhaber solcher zu geschäftlichen Zwecken benützter Räume, die in früheren Wohnräumen oder sonstigen zu Wohnzwecken verwendbaren Räumen eingerichtet sind; ausgenommen sind die Geschäftsräume der Rechtsanwälte, Rechtsagenten, Aerzte, Zahnärzte und sonstigen Heilkundigen, sowie die Geschäftsräume der Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden.

II. Der Zuschlag richtet sich nach der Veranlagung zur gemeindlichen Wohnungsabgabe; für Wohnräume ist auf Antrag ein entsprechender Abzug zu machen. Der Zuschlag wird gleichzeitig mit der Wohnungsabgabe erhoben. Räume der vorbezeichneten Art, welche unter verschiedene der obigen Abteilungen fallen, werden nur einmal und zwar mit dem Höchstsatz herangezogen. Der Zuschlag ist auch für solche Räume zu entrichten, deren Benutzung zu geschäftl. Zwecken zufolge Zahlung einer Ablösungssumme oder Stellung von Ersatzräumen gestattet worden ist.

III. Die nach Ziffer I in Betracht kommenden Geschäfte und Räume werden durch den Stadtrat festgestellt nach Vorberatung in einem Ausschuß, dem außer dem Oberbürgermeister oder seinem Vertreter 4 Mitglieder des Stadtrates, 2 Mitglieder der Handelskammer und 1 Mitglied der Handwerkskammer angehören. Gegen die Entscheidung des Stadtrates ist nach § 14 Absatz 2 Satz 1 des Badischen Ausführungsgesetzes Klage an den Bezirksrat zulässig; die Erhebung der Klage hat keine aufschiebende Wirkung für die Zahlung des Zuschlags.

IV. Auf Antrag wird der Zuschlag ermäßigt oder erlassen, wenn sich besondere Härten ergeben.

Ausgleichsfonds zur Unterhaltung bestehender Wohnbauten

Stadtratsbeschluß: „In Abänderung des Gemeindebeschlusses vom 19. Dezember 1922/30. Januar 1923 wird vom 1. Juni 1923 ab ein Zuschlag zur Wohnungsabgabe von monatlich 5 v. H. des Gebäudesteuerwerts erhoben zur Bildung eines Ausgleichsfonds gemäß § 7 Absatz 3 des Reichsmietengesetzes; für die folgenden Monate erhöht sich der Zuschlag, sofern die Bezüge der Reichsbeamten steigen, im Verhältnis der Steigerung, wobei die Erhöhung des Zuschlags am 1. des auf die Aenderung der Bezüge folgenden Monats beginnt."

Bürgermeister Dr. **Walli** spricht kurz zu der 3. Vorlage. Stv.-V. **Noll** (Str.) weist darauf hin, daß die Vorlagen von außerordentlicher Tragweite seien. Gerade Mannheim leide außerordentlich unter der Wohnungsnot. An Hand von Beispielen gibt er die Einnahmen verschiedener Häuser von bestimmtem Wert bekannt und stellt die Wohnabgabe gegenüber. In Mannheim sei seit 1916 zu wenig gebaut worden im Vergleich zu anderen Städten, das müsse nachgeholt werden. Es müsse unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Man müsse rasch und billig bauen. In eingehender Weise begründet der Redner dann die Vorlagen, die er zur Annahme empfiehlt. Es liegen noch Anträge der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten vor. Auch der weit größte Teil des Stadtverordnetenvorstandes habe den Vorlagen zugestimmt. Stv. Dr. **Hirschler** (Soz.) lobt die Klarheit der Vorlagen. Er gibt bekannt, daß seine Fraktion einen Antrag eingebracht habe, der mit den Vorlagen nicht direkt zusammenhänge. Die Belastung durch die Wohnabgabe sei ganz erheblich. Die Sozialdemokraten stimmten den Vorlagen zu. Die Abgabe dürfe nicht gleich sein, die kapitalkräftigen Kreise müßten stärker zu der Abgabe herangezogen werden, ebenso die Gewerbebetriebe. Das käme auch in dem Antrag zum Ausdruck, der verlange, daß die gewerblichen Betriebe größere Abgaben leisten sollten. Auch die Banken müßten 100 Proz. zahlen, wie überhaupt alle Gewerbebetriebe. Der Redner behandelt dann kurz den Antrag der Deutschen Volkspartei zum Beizug zur Wohnungsabgabe, der aber nach seiner Meinung nur prinzipielle Bedeutung habe. Die Vorlagen sollen nach der Fassung des Stadtrats angenommen werden.

Bürgermeister **Ritter** gibt bekannt, daß verschiedene Abänderungsanträge vorliegen. So einer der Sozialdemokraten, einer der Deutschen Volkspartei sowie einer der Kommunisten. Stv. Dr. **Thelen** (Ztr.) bemerkt, daß die Vorlagen die Bevölkerung ungeheuer belasten. Verschiedene Volkskreise könnten diese Lasten nicht tragen. Er ist für Annahme der Vorlagen als Notbehelf; man müsse jedoch verlangen, daß bestimmte Projekte vorgelegt werden.

Stadtv. **Schneider** (Wirtsch. Vgg.) weist darauf hin, daß seine Partei vor einiger Zeit recht hätte, wenn sie schon damals höhere Abgaben verlangte. Er geht dann näher auf die stadträtlichen Vorlagen ein. Die gesundheitlichen Folgen der Wohnungsnot seien groß. Schuld daran tragen auch diejenigen, die an maßgebender Stelle nicht für die erforderlichen Mittel eingetreten seien. Für die Instandsetzungsarbeiten hätten große Summen aufgewendet werden müssen. Mit den vorhandenen Mitteln konnte so gut wie nichts gemacht werden. Für den Hausbesitzer könne keine Rede davon sein, Reparaturen vorzunehmen, da die bewilligten Sätze nicht genügen. Bei 2000 Prozent Instandsetzungskosten für das Jahr könne der Hausbesitzer Reparaturen vornehmen. Er bittet um Auskunft, wie es komme, daß für das Jahr 1921 noch Aufwendungen zu machen seien. Von einer gesunden Wohnungspolitik könne nicht die Rede sein. Man müsse auch an den langsamen Abbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft gehen, dann werde die Bautätigkeit wieder aufleben und die Wohnungsnot behoben werden. Auch zeitgemäße Mieten würden die Bautätigkeit heben und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mildern. Seine Fraktion lehne die Vorlagen ab.

Stadtv. **Perrey** (Dntl.) gibt bekannt, daß seine Fraktion die Vorlagen ablehne. Er glaube nicht, daß mit den verlangten Mitteln Abhilfe geschaffen werden könne. Nur schnelleres Bauen könne helfen. Die Belastung könne von vielen Bevölkerungskreisen nicht getragen werden. Er empfiehlt die Zurückziehung der Vorlagen und Ausarbeitung von neuen, die die gemachten Vorschläge berücksichtigen.

Stadtv. **Ehrle** (Komm.) ist der Ansicht, daß mit den gemachten Vorlagen die Wohnungsnot nicht beseitigt werden könne. Er lehne daher die Vorlagen ab. In der bekannten kommunistischen Art und Weise behandelte er das Wohnungsproblem. Er kam von einem Gebiet auf das andere. Die Besitzenden würden sich von jeder Abgabe drücken. Die Regierung sei machtlos, weil niemand mehr hinter ihr stehe. Für das Ruhrabenteuer und den Faszismus seien Milliarden vorhanden, für die Wohnungsnot nichts. (Die Rechtsparteien verlassen zum größten Teil den Saal.) Der Redner ging dann auf die Vorlagen selbst ein, ohne jedoch praktische Vorschläge zu machen. Er rügt auch die Vergünstigung der Vorauszahlungen, die wieder den Besitzenden zugute komme. Gerade die Besitzenden müßten die Lasten tragen. Aber nur eine Arbeiterregierung könne Abhilfe schaffen.

Stadtv. **Scheel** (Dem.) legt den Standpunkt seiner Fraktion dar. Er spricht sein Befremden über die Ablehnung der Vorlagen durch die Wirtschaftliche Vereinigung aus; bei den Kommunisten habe man das ja vorausgesehen. Ebenso sei die Ablehnung durch die Deutsche Volkspartei unverständlich. Die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 230 Prozent sei allerdings sehr stark. Er hoffe, daß von der vorgeschlagenen Vorauszahlung viele Leute Gebrauch machen. Die Gelder müßte richtig verwendet werden. Am Schluß erklärte der Redner nochmals die Zustimmung seiner Partei.

Stadtv. **Moses** (D. Vpt.) führte aus: Man ist erstaunt heute über diese Vorlagen reden zu müssen, die noch nicht einmal einen Tropfen auf einen heißen Stein darstellen, während der Stadtverwaltung bessere Vorschläge unterbreitet sind, von denen man nichts gehört hat. Diese Vorlagen bringen auch noch andere Bedenken. Während der Staat einen Pflichtzuschlag von 30 v. H. festgesetzt hat, geht die Stadt auf 200 v. H. Wenn Herr Noll (Ztr.) gesagt hat, es gehört mit dazu, eine Vorlage vorzulegen, die über die Leistungsfähigkeit hinausgeht, so kann man dem nur zustimmen. Es gehört aber noch viel mehr mit dazu, nicht ein Wort von dem zu sagen, was der Stadtverwaltung an brauchbarem Material gegeben worden ist. Der Zusammenbruch der Währung wird noch zu Konsequenzen führen, die erst recht von dieser Vorlage abrücken lassen müssen. Diese 200 Prozent würden höchstens für Juni und Juli gelten für August kämen vielleicht schon 400—600 Proz. in Frage. Die Einkommen werden sich nicht in dem Maße steigern, um die gesteigerten Lebenshaltungskosten zu ersetzen. Ein sehr wichtiger innerpolitischer Beweggrund ist, daß die Vorlage auf der Mark aufgebaut ist. In Berlin schweben schon seit Tagen Verhandlungen, um diese Mark abzuschaffen. Das ist ein innerpolitischer Beweggrund, der für mich ausschlaggebend ist. Die Vorlage unterscheidet sich auch von anderen noch dadurch, daß sich der Pflichtsatz des Staates von 30 v. H. nach dem Einkommen richtet und nicht genehmigt werden braucht. Wenn wir die Vorlage ablehnen, so lehnen wir den Satz des Staates nicht ab, dazu haben wir kein Recht. Der Pflichtsatz des Staates, der mit dem Einkommen Schritt hält, steigert sich auch mit dem Einkommen der nächsten Monate. Der Satz der Stadtverwaltung steigert sich weit über die Steigerung der Einkommen. Man müsse sich fragen, ob es nicht viel richtiger wäre, heute nur den Staatspflichtsatz zu genehmigen und damit die Stadtverwaltung zwingen uns bekannt zu geben, welche gangbaren Wege ihr gezeigt worden sind, um heranzugehen an einen Wohnungsbau, der nicht auf den Schäden dieser Vorlage aufgestellt ist. Die Wohnabgabe müsse nach der Leistungsfähigkeit, nicht einfach schematisch erhoben werden. Schieber und Wucherer werden durch die Vorlage nicht erfaßt. Wenn 95 Prozent der Bevölkerung die Abgabe nicht leisten können von ihrem notwendigen Lebensunterhaltungsbedarf, so müsse die Vorlage abgelehnt werden. Wir stimmen aber einer Vorlage zu, die die Gewähr bietet, aufgrund der Leistungsfähigkeit Mittel aufzubringen.

Stv. **Röhnert** (Wirtschaftl. Vgg.) verbreitet sich über den erhöhten Beizug zur Wohnungsabgabe. Die Verdienste der selbständigen Mitbürger sind nicht größer, als die der Arbeitnehmer. Wenn die Not behoben werden soll, müsse die Abgabe auf die leistungsfähigsten Schultern abgewälzt werden. Stv.-V. **Schnell** (Komm.) spricht über Erfahrungen im Bauwesen und über die Steigerung der Preise. Stv. **Rheinecker** (Wirtschaftl. Vgg.) verlangt vom Reich Mittel zur Fort-

MARCHIVUM

führung des Bauwesens. Bleiben die Mittel aus, so gehe man noch einer größeren Notlage im Wohnungswesen entgegen. Vom ersten Spatenstich bis zum letzten Nagelschlag sind alle Gegenstände vertrustet und ungeheuer im Preise gestiegen. Redner bringt einen Fall zur Sprache, wonach Zink, das vormittags gekauft, nachmittags schon eine Preiserhöhung erfuhr und nur höchst ungern zum alten Preis abgegeben wurde. Die Vorlage sei ungeeignet für den Zweck, den sie erfüllen solle, weshalb seine Fraktion diese ablehne. Stv. Schneider (Wirtschaftl. Vgg.) wendet sich gegen die Kritik, die seine Ausführungen im Hause erfuhren und begründet sodann den Abänderungsantrag seiner Fraktion.

Stadtv. Menth (Deutschlib.): Mein Kollege Moses hat die Gründe dargelegt, die uns zur Ablehnung der Vorlage 5 bewegten. Es sind Gründe, die getragen sind von der Erkennung der großen Not in der sich Lohn- und Gehaltsempfänger befinden. In einer Zeit wo Lohn- und Gehaltsempfänger kaum zum nackten Leben haben, zu einer Zeit wo die Mark bald nichts mehr gilt, Abgaben von 95 Prozent der Mannheimer Bevölkerung zu verlangen, die nur kaum nennenswerte Aenderungen im Wohnungsbau bringen, müssen wir ablehnen. Sobald wir einigermaßen sehen können, daß uns das aufzubringende Geld nicht aus der Hand entgleitet, sind wir bereit, an diese Frage erneut heranzutreten. Und was ist es bei der Vorlage 6, wo jene betroffen werden sollen, die zu größeren Abgaben fähig sind. Es bedarf daher nicht der Empfehlung der kommunistischen Stadtverordneten, mein Kollege Moses soll sich dafür einsetzen, daß die Industrie größere Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Wir wissen, daß zur Lösung des Wohnungsproblems die besitzenden Klassen vor allen Dingen herangezogen werden müssen, darum sind wir für die Vorlage 6, mit den von uns eingereichten Abänderungsvorschlägen. Mit der Besteuerung der in Ziff. 1, Abs. 1 u. 2 erwähnten Geschäfte sind wir einverstanden. Dielen, Bars u. Likörstuben können die Mehrbelastung gut tragen, anders liegen die Dinge bei Ziffer 2, Abs. b. Nach der stadträtlichen Vorlage würde einfach jedes Spezialgeschäft zu höheren Abgaben gezwungen, während gemischte Geschäfte, wie Warenhäuser, die relativ mehr verdienen, davon verschont blieben. Wir beantragen, daß von den Mehrabgaben die ausgesprochenen Luxuswarengeschäfte betroffen werden. Wir halten es auch für nicht gerecht, wenn man heute von Inhabern, die aus früheren Wohnungen Geschäftsräume gemacht haben, jetzt abermals besondere Abgaben verlangt, trotzdem diesen Inhabern die durch Beschaffung von Ersatzräumen, oder durch größere Bauzuschüsse, in der damaligen Zeit, unter Voraussetzung der Erfüllung die Genehmigung erteilt wurde, mit dem Versprechen, sie seien von weiteren besonderen Abgaben befreit. Redner kam dann am Schlusse auf die Ausführungen des Stv. Ehrle und dessen absurden Vorwurfs auf die Regierung zurück, daß diese den Ruhrwiderstand gewissermaßen finanziere. Es erscheint dem Stv. Menth unverständlich, daß ein Arbeiterführer zu diesem Ausspruch kommt. Ein Arbeiterführer müßte wissen, daß der Widerstand im Ruhrgebiet nicht von der Regierung, sondern spontan aus der Bevölkerung herauskam.

Stv. Dr. Hirschler (Soz.) verweist auf die Folgen der Ablehnung der Vorlage. Der Satz des Stv. Schneider, daß der Hausbesitzer am meisten unter der Wohnungsnot leide, sei wirklich originell. Aber so großes Mitleid verdient der Hausbesitz wirklich nicht.

Um 7 Uhr erhält Bürgermeister Dr. Walli das Schlußwort. Er führte u. a. aus: Wenn man die Geldentwertung berücksichtigt, so ist der Satz von 200 Prozent nicht zu hoch. Es ist wiederholt gesprochen worden, von einem Vorschlag, der dem Stadtrat gemacht worden ist. Im Tone des Vorwurfs ist gefragt worden, warum dieser Vorschlag nicht geprüft wurde. Dies ist aus dem Grunde zu erklären: Es handelt sich um ein äußerst interessantes Projekt, das aber andere Wege wandelt, als die bisherigen? Es bedarf außer der Beratung im Schoße der Stadtverwaltung noch eingehende Besprechungen mit der Regierungs- und Finanzbehörde. Der Entwurf des Herrn Stadtrats — ich weiß nicht, ob ich seinen Namen nennen darf — konnte mir erst heute zugehen. Ich hätte gewünscht, daß eine Rücksprache mit dem Verfertiger des Entwurfs früher hätte stattfinden können. Sie dürfen aber überzeugt sein: Der Entwurf wird nicht dahin gehen, daß wir weniger Wohnabgabe bezahlen, sondern er will nur erreichen, daß wir mehr Mittel zum Bauen bekommen, um eine größere Anzahl von Wohnungen erstellen zu können. Es wird aber nicht so sein, daß wenn wir heute schon dieser Vorlage zustimmen wollten, wir im lauf. Jahr mehr Wohnungen erstellen können, als die 250, die in der Vorlage enthalten sind. Das Baujahr ist zu weit vorgeschritten um mehr Bauten anzufangen, als vorgesehen sind. Wir haben also genügend Zeit, diese dankenswerte Anregung zu überlegen. Es sind Dinge, die nicht übers Knie abgebrochen werden können.

Wenn gesagt worden ist, wir sollen die Vorlage zurückstellen, so möchte ich dringend bitten, diesen Anträgen nicht stattzugeben. Wir gebrauchen Geld, um die Bauten 1922 fertig zu stellen. Wenn wir die Vorlage zurückstellen, bekommen wir auch die Bauten 1922 nicht heraus. Es war ein großer Fehler, daß an die Erhebung einer genügenden Wohnungsabgabe zu spät herangetreten wurde. Das ist ein Vorwurf, der insbesondere den Reichstag trifft. Bekommen wir nicht genügend Geld, so müssen wir das Bauen einstellen. Dadurch werden wieder so und soviel Leute erwerbslos. Was das bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. Was die Befreiung von der Wohnabgabe anbelangt, so wird diese auch fernerhin in der gleichen liberalen Weise ausgeführt wie bisher. Die Preissteigerung der Baustoffe war in den letzten Tagen ganz ungeheuerlich groß. Es ist daher außerordentlich bedauerlich, daß die Vorlage nicht schon früher gemacht werden konnte. Sodann wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Stadt ihr Baumaterial selbst herstellen soll. Die Stadt wäre sehr froh, wenn sie z. B. eine Ziegelei hätte. Gegenwärtig aber ist es ganz unmöglich, eine solche zu bekommen. Die Trusts und Kartelle haben uns insofern Entgegenkommen gezeigt, als einige Kartelle der Regierung Gelder zur Verfügung gestellt haben, andere Kartelle haben sich bereit erklärt, Rabatte zu gewähren.

Beim erhöhten Bezug zur Wohnungsabgabe behandelt Bürgermeister Dr. Walli die eingegangenen Anträge. Die Sozialdemokraten bittet er, ihren Antrag zurückzuziehen. Er gab dann einige Erklärungen zum Antrag der Deutschen Volkspartei. Der Kommunistische Antrag auf Erhöhung der Gebühr erledige sich durch Beschluß des Landtages, der derartige Sätze nicht zulasse. Die Stadt wolle das neue Landesgesetz abwarten, das Zuschläge zur Gewerbesteuer zulasse. Der Redner tritt dann den Ausführungen verschiedener Stadtverordneten entgegen, die er richtig stellt.

Die Abstimmung

erbrachte die Annahme der Wohnabgabe und Wohnungsbauprogramm für 1923 gegen die Stimmen der Rechten. Sämtliche Abänderungsanträge — die Sozialdemokraten hatten ihren zugunsten der Demokraten zurückgezogen — mit Ausnahme des demokratischen wurden abgelehnt. Dieser verlangte beim erhöhten Bezug zur Wohnungsabgabe, daß in den Ausschuß, der die Geschäfte und Räume festzustellen hat, auch drei Stadtverordnete gewählt werden. Die stadträtliche Vorlage zu diesem Punkt wurde dann gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Der letzte Punkt der Tagesordnung: Ausgleichsfonds zur Unterhaltung bestehender Wohnbauten wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Schluß der Sitzung um [illegible]

Städtische Nachrichten

Verzinsung von Sparkasseneinlagen. Die Städt. Sparkasse ist nach einer im Anzeigenteil enthaltenen Bekanntgabe den Verschiebungen auf dem Geldmarkt gefolgt und hat eine recht anerkennenswerte namhafte Erhöhung ihrer Zinssätze eintreten lassen. Sie leistet hiernach ab 1. Juli 1923 für reine Spareinlagen eine Verzinsung von 10 Prozent, für täglich abhebbare Guthaben in laufender Rechnung eine solche von 8 Proz., welche Sätze je nach zu vereinbarender Unkündbarkeitsdauer oder nach Guthabenshöhe noch eine Steigerung im Einzelfall bis zu 3 Proz. erfahren können. Daneben wurde eine Höchstgrenze auch für Spareinlagen nicht mehr bestimmt, sodaß also Einzahlungen in jeder Höhe vollzogen werden können. Der niederste Betrag einer ersten Einlage ist auf M. 1000 festgesetzt. Auch auf die einkommenssteuerfreien Spareinlagen wird wiederholt hingewiesen. Es ist zu wünschen, daß die Beschlüsse der Sparkasse der Spartätigkeit neuen Anreiz verleihen werden.

* Im Gefängnis gestorben. Zu der im gestrigen Mittagsblatt unter dieser Spitzmarke gebrachten Meldung von dem Tod eines Insassen des Landesgefängnisses wird uns mitgeteilt, daß der Gerichtsarzt als Todesursache einen Gehirnschlag festgestellt hat.

* Eine reiche Aepfelernte. Der Verband der Deutschen Obst- und Beerenwein-Keltereien schreibt: Aus allen obstproduzierenden Teilen Deutschlands lauten die Aepfelerntеaussichten außerordentlich günstig und es steht, besonders im Maintal, eine ungeheuer reiche Obsternte in Aussicht. Angesichts dieser Tatsache ist es verwerflich, wenn aus führenden landwirtschaftlichen Kreisen schon jetzt ungemein hohe Aepfelpreise genannt werden, die nicht im Verhältnis stehen zu der reichen Ernte und zu den verhältnismäßig nur geringen Auslagen an Arbeitslohn und sonstigen Kosten, die der landwirtschaftliche Obstbau erfordert. Es geht daher schon jetzt durch uns die Mahnung an alle Groß- und Kleinverbraucher zur Zurückhaltung bei dem Einkauf von Tafel- und Mostobst sowie die Warnung vor zu frühen Abschlüssen. Die Preise können nicht einseitig diktiert werden, sondern richten sich nach Angebot und Nachfrage und das Angebot wird dieses Jahr sehr groß sein.

Veranstaltungen

Theaternachricht. Unter der musikalischen Leitung Paul Breisachs wird morgen, Donnerstag, im Nationaltheater die Strauß'sche Operette „Die Fledermaus" wiederholt. Die Partie der Rosalinde singt Ida Heine aus Hannover als Gast auf Anstellung.

(?) Volks-Symphonie-Konzert. Die Mitglieder des Bühnen-Volksbundes werden auf das am Montag abend stattfindende Volks-Symphonie-Konzert durch das Nationaltheater-Orchester unter Leitung von Herrn Operndirektor Kleiber hingewiesen. Bei dem Konzert haben die Besucher Gelegenheit, Frau Irene Eden zu hören, die mit Ende der Spielzeit das Mannheimer Nationaltheater verläßt. (Näheres Inserat und Plakatanschlag).

Das Hausorchester des Gesangvereins „Flora" E. V. Mannheim veranstaltete am 2. und 7. Juni zwei Orchesterkonzerte, die Zeugnis ablegten von der künstlerischen Reife des Orchesters. Der verdiente Dirigent, Karl Ilg, verstand es sowohl durch die Zusammenstellung des Programms, als auch durch die gediegenen Leistungen die Zuhörer zu fesseln. Die Ouvertüre zu „Wilhelm Tell", sowie die Ouvertüre zu „Das Glöckchen des Eremiten" zeigten, daß das Hausorchester auch vor schwierigen Aufgaben nicht zurückschreckt. Was besonders angenehm auffiel, war die peinlich durchgeführte Zusammenarbeit des Orchesterkörpers. Ein Cornet-Quartett der Herren Möller, Dauer, Selzer und Kahn brachte schlichte Weisen von Kreutzer und Schubert zu Gehör. Es folgte ein Posaunen-Solo des Herrn Kahn, sowie ein Solo für Violine und Cello der Herren Ilg und Mack. Alle Darbietungen ernteten wohlverdienten Beifall. Für gesangliche Abwechslung sorgte das „Flora-Quartett" (Die Herren Geißler, Rhein, Lerch u. Braun), das die Lieder von Friedrich Gellert und von Hugo Jüngst vollendet zum Vortrag brachten. Die Baritonsolis des Herrn Daum konnten sich wegen einer Indisposition des Solisten nicht zu ihrer bekannten Wuchtigkeit entwickeln. Immerhin zeugten auch diese Darbietungen von guter Schulung und reifem Verständnis. Herr Toni Kunz erfreute die Anwesenden durch seinen gesunden Humor und löste stürmische Heiterkeit aus. Außer dem Dirigenten zeigte sich Fräulein Aenne Bayerlein am Flügel als feinfühlende Begleiterin. Um die Veranstaltung selbst hatte sich Herr Anton Schumacher, der rührige Leiter der Vergnügungskommission, sehr verdient gemacht.

* Gedag. Der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) hält am Freitag, 22. ds. Mts., abends 8 Uhr, im alten Rathaus am Marktplatz eine Vollversammlung ab, in der über das Ergebnis der Juni-Verhandlungen Bericht erstattet wird. (Näheres siehe Anzeige).

Internationale Ringkampf-Konkurrenz im Apollotheater (30 Tag). Der gestrige Abend wurde eingeleitet durch das erstmalige Zusammentreffen Servane Christensens mit Stoll. Letzterer, sehr angriffsfreudig, kam nach 27 Minuten, als er zu einem Schleudergriff ansetzte, selbst auf beide Schultern zu liegen. — Vor Beginn des Revanchekampfes Gebhard—v. d. Heyd forderte v. d. Heyd die Austragung bis zur endgültigen Entscheidung (Schulterniederlage), also keine Entscheidung nach Punktwertung. Gebhard nahm an. Bei Eintritt der Polizeistunde war eine Entscheidung nicht herbeigeführt, sodaß der Kampf mit 90 Minuten Dauer abgebrochen werden mußte. Die Konkurrenz geht zu Ende. Heute Mittwoch ist der vorletzte Abend. Derselbe bringt bis zur Entscheidung: 1. den Revanchekampf Christensen—Luppa; 2. den durch eingetretene Polizeistunde abgebrochenen Kampf Randolfi—v. d. Heyd; 3. Stoll—Gebhard im freien Ringkampf mit einer Prämie von 100 000 Mark. — Morgen Donnerstag finden als Schlußtag die Entscheidungen um die Plazierung der Preisträger statt. Nach dem jetzigen Stand ist schon zu ersehen, daß am Donnerstag Gebhard und v. d. Heyd um den 1. und 2. Preis kämpfen müssen. Die übrigen Kämpfe um die Preise werden morgen bekannt gegeben.

Aus dem Lande

* Heidelberg, 20. Juni. Von unbekannten Tätern wurden in den letzten Tagen an mehreren Briefkästen die Glasscheiben und an der Normaluhr in der Leopoldstraße ebenfalls die Glasscheiben eingeschlagen, wodurch ein erheblicher Sachschaden verursacht wurde.

ch. Aus dem Schwarzbachtal, 20. Juni. Die Einbringung der Heuernte ist in vollem Gange. Das Erträgnis ist nach Menge und Güte beurteilt, ein sehr gutes. Die Einbringung selbst hat unter den schlechten Witterungsverhältnissen. Die Hack- und Halmfrüchte stehen im ganzen gut, ihnen fehlt nur die nötige Wärme, um ein lebhaftes Wachstum hervorzurufen. Die Bienenväter sind dieses Jahr nicht gut daran. Ein schwarmreiches Jahr ist wohl das jetzige, aber kein Honigjahr. Der Imker ist froh, wenn die Bienen soviel eintragen, als die Bienen selbst zum Leben brauchen. Die Kirschen- und Obsternte wird gering werden, Birnen sind gut behangen.

)(Villingen, 19. Juni. Die letzte durch den Waldbesitzerverband getätigte Holzversteigerung dahier erbrachte eine Gesamteinnahme von etwa 1 Milliarde 650 Millionen Mark; im ganzen kamen 5693 Festmeter zur Versteigerung. Es wurden im Durchschnitt erlöst für Fichten und Tannen 1524 bis 1951 Prozent, im Mittel 1786; für Forlen 1483 bis 1732, im Mittel 1638 Prozent der Grundpreise.

Sportliche Rundschau

Fußball

* Sport-Club Käfertal Liga— Turnverein 1846 I. 1:2 und 1:1. Zwei Spiele, die wirklich das Recht haben, sich Freundschaftsspiele zu nennen. Sportliches Verhalten und gegenseitige Wertschätzung mußten dem Sport zugute kommen. Trotz der vorgeschrittenen Saison wurden gute Leistungen gezeigt, sodaß beide Spiele einen interessanten und flotten Verlauf nahmen. — Das erste Spiel auf dem 1846er Platz konnten die Platzherren im Endspurt mit 2:1 zu ihren Gunsten entscheiden. Vom Anspiel ab kommen beide Tore des öfteren in Gefahr, jedoch die Verteidigungen zeigen sich ihrer Aufgabe gewachsen, bis 1846 nach 15 Minuten durch Fernschuß des Mittelstürmers ein schönes Tor erzielt. Trotz beiderseitigen Anstrengungen geht es mit 0:1 in die zweite Hälfte. Während dieser wird manch schöner Angriff eingeleitet. Zwei gut spielende Stürmerreihen können jedoch die immer geschickt eingreifenden Verteidigungen nicht überwinden, bis Käfertal 10 Minuten vor Schluß einen Fehler der 1846er Hintermannschaft ausnützt und gleichzieht. Im nun einsetzenden Endspurt um den Sieg, sind die Turner die Glücklicheren, indem sie in der Schlußminute das Siegestor buchen. Mit 1:2 mußten die Ligaleute dem Gegner den hart erkämpften Sieg überlassen. Die Spielleitung war bei Herrn Rupp (Vorwärts) in guten Händen. Zum Rückspiel traten beide Mannschaften mit Ersatz an, der sich bei Käfertal jedoch zum Teil nicht besonders bewährte. Trotz des schweren Bodens entwickelte sich sofort ein flüssiges Spiel, 1846 vorerst immer in Angriffsstellung. Allmählich wird dasselbe jedoch ausgeglichen. Die Turner verschulden wegen Hände einen Elfer, der schlecht plaziert, vom Torwächter gehalten wird. Torlos werden die Seiten gewechselt. Nach Wiederanspiel werden beiderseits sichere Torgelegenheiten geschaffen, zu einem zählbaren Erfolg kommt es erst, als 1846 einen Strafstoß, geschickt täuschend zum Führungstreffer plaziert. Für eine Weile ist Käfertal mit Hochdruck arbeitend, im Angriff und kann kurz vor Spielende, nachdem die Turnerverteidigung überspielt war, durch den Halbrechten das Resultat auf 1:1 stellen. Herr Knecht vom Platzverein leitete das Spiel zur Zufriedenheit.

* Turnverein 1846—Turngemeinde Heilbronn 5:0 (3:0). Das anläßlich des Sommerturnens am Sonntag angesetzte Spiel nahm seinen programmäßigen Verlauf, trotz der Ungunst des Wetters. Auch die Spielfläche war noch annehmbar. Mit dem Anstoß der hiesigen entwickelt sich ein flottes Spiel, aus dem alsbald die techn. Ueberlegenheit der Mannheimer Turner sich herausschälte. Trotzdem hielt der Gegner das Spiel stets offen und brachte das 1846er Tor wiederholt in Gefahr. Erst in der 33. Min. fällt der erste Erfolg. Eine schöne Innenkombination bis fast an die Torlinie, so daß der Ball nur eingeschoben werden braucht. Auch weiterhin sind die Platzinhaber im Vorteil. Der Sturm unterstützt von der guten Läuferreihe, gibt der gegnerischen Verteidigung reichlich Arbeit. Hauptsächlich der Heilbronner Torwächter zeigt sich als Meister in seinem Fach, kann jedoch nicht verhüten, daß 1846 innerhalb fünf Minuten mit zwei weiteren wohlplazierten Toren das Resultat auf 3:0 stellt. Nach dem Wechsel versucht Heilbronn mit Macht den Stand zu ändern, jedoch die Stürmerreihe findet sich zu keiner geschlossenen Aktion, während andererseits der Gegner durch gutes Stellungsspiel dieselben zermürbt. Die Ausbeute der zahlreichen Angriffe sind zwei weitere Tore für 1846; während es den Heilbronnern trotz aller Anstrengung nicht gelingt, das verdiente Ehrentor zu erzielen. Ein von 1846 erzieltes 6. Tor, konnte wegen Abseits nicht gegeben werden. Der Schiedsrichter hatte es bei der vornehmen Spielweise beider Mannschaften leicht und brauchte kaum einzugreifen. Auch die zahlreich erschienenen Zuschauer waren, zudem das Sommerturnen verlegt werden mußte, nicht umsonst gekommen. Sie bekamen ein wirkliches Propagandaspiel zu sehen.

Neues aus aller Welt

Der Ausbruch des Aetna

In der vergangenen Nacht nahm der Aetna seine Eruption unter unaufhörlichem Gebrüll wieder auf. Ein Arm des Lavastroms breitete sich 15 Ktm. hoch fächerartig aus, wohlangebautes Land verwüstend. Er bedroht Giarre. Die Bevölkerung von Linguaglossa (15 000 Seelen) ist auf dem Bahnhofsplatz versammelt, wo sie den Schutzheiligen anfleht, die drohende Gefahr abzuwenden. Der Hauptherd scheint ein Riß zu sein, der sich östlich des Kraters von 1879 aufgetan hat.

Auch der Vesuv zeigt seit vierundzwanzig Stunden verstärkte Tätigkeit; aus den kleinen Nebenkratern ergießt sich reichlich Lava.

*

— Die Maus im Brot. In Offenbach fand ein Einwohner in seinem Brot, das er sich bei einem Bäckermeister im südlichen Stadtteil erworben hatte, ein herziges, kleines Mäuschen eingebacken vor, ein Beweis, wie gründlich der ehrsame Bäckermeister das Brotmehl durchgesiebt haben muß.

— Zugführer als Eisenbahnräuber. Von der Eisenbahnkriminalpolizei wurden die Frankfurter Zugführer Raimund Strohmenger, Gebhardt und Haas festgenommen, weil sie seit geraumer Zeit Eisenbahnberaubungen von unerhörtem Umfange ausgeführt hatten. Ihr Tätigkeitsfeld hatten die ungetreuen Beamten in die D-Züge verlegt. Es gelang noch, goldene Uhren im Werte von über 300 Millionen Mark in den Wohnungen der Festgenommenen zu beschlagnahmen. Auch wurde für mehrere Millionen Mark Bargeld gefunden. Als Hauptbehler wurde der entlassene Eisenbahnsekretär Voigt ermittelt und festgenommen. Bei einem der Festgenommenen wurden nicht weniger als 100 Koffer vorgefunden.

— Die deutsche Sprache „schadet" nicht. Die in Iowa, Nebraska, Ohio und 18 anderen Bundesstaaten der Union erlassenen Gesetze, nach denen es verboten ist, die Schüler von öffentlichen, privaten oder Gemeindeschulen in deutscher und anderen fremden Sprachen zu unterrichten, ist soeben durch Entscheidung des Obersten Staatsgerichtshofes der Vereinigten Staaten aufgehoben worden. Zum Erlaß dieser Gesetze gab die während des Krieges gemachte Wahrnehmung Anlaß, daß in vielen Schulen der Weststaaten in den Klassenzimmern das Deutsche die Umgangssprache bildete, und daß dadurch die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß das Deutsche die angelsächsische Kultur verdrängen könne. Auch im Staatsgerichtshof vertraten einige Richter diese Anschauung und wollten deshalb die Gesetze beibehalten wissen. Die Mehrheit entschied indessen dahin, daß die amerikanische Verfassung den Schülern das Recht verbürge, ihre Bildung durch die Erlernung fremder Sprachen zu vervollständigen. Es bestehe auch keine Gefahr, daß die Kenntnis einer anderen Sprache als der englischen irgendwie Schaden stiften könne.

— Das Goldland im Eise. Der australische Flieger Sidney Cotton, der kürzlich eine Luftreise nach den neuentdeckten Goldfeldern von Stag Bay in Labrador antrat, hat, wie berichtet, sein Programm ausgeführt, wobei er freilich gezwungen war, angesichts des inzwischen eingetretenen Eisganges wenige Kilometer vor dem Ziel zu landen, um Petroleum mit Hundeschlitten herantransportieren zu lassen. Alle großen Ströme, die in die Bay münden, stehen im Zeichen des Eisganges, und Hunderttausende von Tonnen Eis treiben mit ohrenbetäubendem Getöse dem Meere zu. Die ältesten Einwohner Kanadas erinnern sich nicht, einen härteren Winter erlebt zu haben. Die Häuser sind fast völlig mit Schnee bedeckt gewesen. Soweit das Auge vom Flugzeug aus zu blicken vermochte, trieb das Packeis der Labradorküste auf dem Meere, das es in einer Entfernung von 90 Km. bedeckt. Bis Mitte Juni dürfte die Küste von Eis blockiert bleiben.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni

Rhein-Pegel	14.	15.	16.	18.	19.	20.	Neckar-Pegel	14.	15.	16.	18.	19.	20.
Schusterinsel	1.30		2.4[illegible]	2.48	2.56	2.54	Mannheim	4.07	4.03	4.00	4.10	4.21	4.[illegible]
Kehl	2.41		3.4[illegible]	3.41	3.5[illegible]	3.60	Heilbronn						
Maxau	5.07	5.05	5.07	5.20	5.19	5.[illegible]							
Mannheim	4.14	4.10	4.09	4.18	4.30	4.30							
Mainz													
Köln													

Mannheimer Wetterbericht v. 20. Juni morgens 7 Uhr

Barometer 752,9 mm. Thermometer: 10,5 C. Niedrigste Temperatur nachts: 10.1° C. Höchste Temperatur gestern: 17.6° C. Niederschlag: 3.6 Liter auf den qm. Süd 3. Regen

Für die Reise!

Die Nachsendung

des „Mannheimer General-Anzeigers"

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.

Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E 6, 2 zu machen. Der Versand kann täglich erfolgen und täglich eingestellt werden.

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten. — Diese betragen:

wöchentlich

Für 1 [illegible] Exemplar . . . Mk. 700.—
Für 1 [illegible] Exemplar . . . Mk. 4100.—
Für Nichtabonnenten . . . Mk. 4500.—

Mannheimer General-Anzeiger.

Handel und Industrie

Rheinische Handelsbank A.-G. Mannheim

Der gestern in der Liedertafel unter Vorsitz von Stadtrat Groß abgehaltenen G.-V., in der 68 Aktionäre 34 836 Stimmen vertraten, lag der Geschäftsbericht für 1922 zur Genehmigung vor. Er weist 1,72 Mill. ℳ Gewinn aus Effekten, Devisen und Sorten, 1,42 Mill. ℳ aus Wechseln, 2,14 Mill. ℳ aus Zinsen, 4,76 Mill. ℳ aus Inkassoprovisionen, aus Kontokorrentprovisionen 4 Mill. ℳ, zusammen einschließlich 11 145 ℳ Vortrag 14 067 687 ℳ auf. Andererseits erforderten die Geschäftsunkosten 7 987 607 ℳ, so daß ein Reingewinn von 6 080 080 ℳ verbleibt, der folgende Verwendung findet: 40 pCt. (i. V. 8 pCt.) Dividende mit 0,80 Mill. ℳ, 1,50 Mill. ℳ Zuweisung an die Kontokorrent-Reserve, 1,70 Mill. ℳ Zuweisung an die Steuerreserve, 0,50 Mill. ℳ Zuweisung an ein Beamtenunterstützungskonto, 1 Mill. ℳ Abschreibung auf Mobilien, 0,18 Mill. ℳ Tantiemen an den Aufsichtsrat und 0,10 Mill. ℳ Vortrag. Diese Verwendung wurde einstimmig gutgeheißen. Der Bericht weist auf den Marksturz und die Erhöhung der Vieh- und Fleischpreise hin, durch welche die Ansprüche an die Abteilung Viehmarktbank dauernd in ungeheuerem Maße wuchsen. Der durchschnittliche Geldbedarf für einen Markttag stieg von 2,24 Mill. ℳ im Januar auf 207 Mill. ℳ im Dezember 1922, in den verflossenen Monaten des Jahres 1923 sogar auf 1½ Milliarden ℳ. Dadurch ergab sich die Notwendigkeit einer Erhöhung des Betriebskapitals, die im Dezember auf 15 Mill. ℳ, im März 1923 auf 100 Mill. ℳ (einschließlich 5 Mill. ℳ 7proz. Vorzugsaktien mit 20fachem Stimmrecht) vorgenommen wurde. Die Aktien der ersten Emission erhielten die Aktionäre 1:1 zu 150 pCt., jene der zweiten 1:1 zu 270 pCt. angeboten. Der Verkauf der restlichen Aktien der zweiten Emission brachte der Gesellschaft ein Agio von über 500 Mill. ℳ, das den Reserven zufloß.

Aus den mündlichen Erläuterungen, die die Direktoren Koch und Fritzel zu dem Bericht gaben, ging hervor, daß die Aufnahme der bankgeschäftlichen Tätigkeit, über den Rahmen der Viehmarktbank hinaus, sich als sehr vorteilhaft erwiesen hat, da sonst nicht einmal die Unkosten gedeckt worden wären. Die Ausdehnung des Geschäfts hat auch zur Einstellung neuen Personals und zur Erweiterung der Geschäftsräume genötigt. Ein zu diesem Zweck umgebautes früheres Wirtslokal in der Nähe der seitherigen Geschäftslokalitäten hofft man in den nächsten Wochen beziehen zu können. Außerdem wird auf dem Viehhof für die Metzger- und Händlerkundschaft eine ständige Geschäftsstelle für den Zahlungsverkehr errichtet. Trotz der Geldentwertung, die z. B. den Goldwert der 40 pCt. Dividende auf rund 1 Friedenspfennig heruntergedrückt hat, hofft man, wie Direktor Fritzel betonte, vorläufig ohne eine weitere Verwässerung des Aktienkapitals auszukommen. Die Umsätze der Bank stiegen von vorjährigen 1,2 auf 29 Milliarden ℳ. Die Versammlung wählte die zwei ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, Stadtrat Jakob Groß und Albert Gutermann einstimmig wieder. Ferner erklärte sie sich mit einer Unterversicherung einverstanden und beschloß, die Versicherungsverträge nach Ablauf nicht mehr zu erneuern, sondern zur Selbstversicherung überzugehen. Die verflossenen Monate des neuen Geschäftsjahres brachten ein sehr lebhaftes Geschäft und erhöhte Umsätze, sodaß man glaubt, wenn nicht außerordentliche Verhältnisse eintreten, eine entsprechende Verzinsung auch für das erhöhte Aktienkapital in Aussicht stellen zu können. Für die im Mannheimer und Frankfurter Freiverkehr gehandelten Aktien (letzte Notiz für junge Aktien 3100% G., 3300% Br.) soll die offizielle Notierung zu geeigneter Zeit beantragt werden. ✻

Markentwertung und Produktenbörse

Im Hinblick auf die durch die katastrophale Entwertung der Mark eingetretene Verschärfung der gegenwärtigen Lage, hat der Vorstand der Mannheimer Produktenbörse folgende Beschlüsse gefaßt, die mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt werden: 1. Das Verweilen auf der Straße vor der Börse und im Vorraum ist strengstens untersagt. 2. Bis auf weiteres sind lediglich Inhaber von Firmen und Prokuristen berechtigt, die Börse zu besuchen. Die ausgegebenen Angestelltenkarten werden vorläufig für ungültig erklärt. Tageskarten an Nichtmitglieder werden nicht mehr ausgegeben.

Die Großhandelspreise

Infolge des neueren Marksturzes hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes vom 12 393fachen des Vorkriegsstandes am 5. Juni auf das 17 496fache oder um 41,2 pCt. am 15. Juni gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen im gleichen Zeitraum die Lebensmittel von dem 8806fachen auf das 12 789fache oder um 45,2 pCt., Industriestoffe vom 19 100fachen auf das 26 296fache oder um 37,7 pCt.; ferner Inlandswaren vom 10 989fachen auf das 14 769fache oder um 34,4 pCt. und Einfuhrwaren vom 19 417fachen auf das 31 131fache oder um 60,3 pCt.

Deutsch-Südamerikanische-Export- und Import-A.-G. (Industrie-Konzern) Mannheim

Der Aufsichtsrat hat in seiner Bilanzsitzung beschlossen, den Aktionären in der am 25. Juni, mittags 3 Uhr, in den Räumen der Rheinischen Creditbank, Mannheim, stattfindenden G.-V. eine Dividende von 70 Goldpfennig = 5000 ℳ (Stichtag 30. 4. 1923) pro Aktie nom. 1000 ℳ zur Ausschüttung in Vorschlag zu bringen.

* **Tabakversteigerung in Hamburg.** Im Hamburger Freihafen wurden am Freitag 60 Ballen beschädigter orientalischer Tabak für 42—155 holl. cts. für 1 kg öffentlich meistbietend verkauft. In einer weiteren Versteigerung wurden bezahlt für 70 Ballen beschädigte Vorstenland 21 bis 31 holl. cts. und für 6 Ballen Java 12 holl. cts., alles für ½ kg.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 20. Juni. (9.30 vorm.) Es notierten am hiesigen Platze (alles Geldkurse): **New York 117000** (147000), Holland 45800 (57750) London 540000 (680000), Schweiz 21000 (26400), Italien 5300 (6675), Prag 3500 (4400).

Tendenz: Da der Nachbörsenkurs aus New York mit einem Gleichwert von 108 000 gemeldet wurde, trat ein völliger Umschwung und große Unsicherheit im Devisengeschäft ein. Der Frühverkehr blieb infolgedessen unentwickelt, die Kurse waren mehr gesprochen als gehandelt, entsprechen aber in ihrer Nennung eher Geld- als Briefkursen. (Vergl. auch politischen Teil.)

Umsatzsteuerausfuhrkurse für Mai 1923 für nicht an der Berliner Börse notierte ausländische Werte

Für den Monat Mai sind vom Reichsfinanzminister die Umsatzsteuerausfuhrkurse der an der Berliner Börse nicht notierten ausländischen Zahlungsmittel wie folgt festgesetzt worden: Estland: 1 estnische Mark = 130; Griechenland: 1 Drachme = 720; Lettland: 1 lettischer Rubel = 7000, 1 Lat = 180; Litauen: 1 Litas = 4200; Luxemburg: 1 Frank = 2600; Polen: 100 polnische Mark = 88; Portugal: 1 Eskudo = 2000; Rußland: 100 Zarenrubel = 240, 100 Dumarubel = 4; Türkei: 1 türkisches Pfund = 27 000; Aegypten: 1 ägyptisches Pfund = 210 000; Britisch-Ostindien: 1 Rupie = 13 700; Britisch-Straits-Settlements: 1 Dollar = 24 000; Britisch-Hongkong: 1 Dollar = 24 000; China, Schanghai: 1 Silbertael = 32 000; Persien: 1 Silberkran = 3700; Argentinien: 1 Goldpeso = 36 000; Kanada: 1 kanadischer Dollar = 43 000; Chile: 1 Peso = 5800; Mexiko: 1 Peso = 21 000; Peru: 1 peruanisches Pfund = 189 000; Uruguay: 1 Peso = 36 000.

New York, 19. Juni. (WB) Devisen

	18.	19.		18.	19.		18.	19.
Frankreich	6.15	6.22	Schweiz	17.97	17.96	Spanien	14.96	14.78
Belgien	5.23	5.21	England	4.62	4.62	Italien	4.53	4.54

* New York, 19. Juni. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,0008⁷⁄₁₆ (0,0006³⁄₁₆) Cents. Dies entspricht einem Kurs von 122 137 (158 416) ℳ für den Dollar.

Kurse der Federal Reserve Bank, New-York

für Reparationslieferungen im freien Verkehr nach Frankreich

Datum 1923	1 Goldmark = französ. Franken	1 Goldmark = belgische Franken	Goldmark = portugies. Eskudos	1 Goldmark = Papiermark	1 Goldmark = Dollar
8. 6.	3,705	4,292	5,201	18 351,320	,238/16202318
9. 6.	3,715	4,308	5,213	19 851,338	desgl.

Datum	1 Dollar = Papier-Mk.	1 engl. Pfund = Papier-Mk.	1 frz. Franken = Papier-Mk.	1 belg. Frank = Papier-Mk.	1 Lire = Papier-Mk.
8. 6.	76 923,077	355 123,077	4 945,154	4 260,231	3 384,[illegible]
9. 6.	83 333,333	384 241,667	5 241,667	4 608,333	3 6[illegible]

Waren und Märkte

✻ **Neuer Mehlpreis.** Der heutige Richtpreis für Weizenmehl, Spezial 0, wurde auf 850 000 ℳ für die 100 kg, mit Sack ab Mühle, festgesetzt. (Gestern 775 000 ℳ.)

Berliner Metallbörse vom 19 Juni

Preise in Mark für 1 Kg.

	18.	19.		18.	19.
Elektrolytkupfer	49160.–	50160.–	Aluminium in Barren	–.–	–
Raffinadekupfer	45500–46000	46500–47500	Zinn, ausländ.	132000–130000	137000–13[illegible]
Blei	17500–18000	17500–18500	Hüttenzinn	131000–134000	136000–13[illegible]
Rohzink (Vb.-Pr.)	15273.71	20812.17	Nickel	80000–83000	84000–85000
do. (fr. Verk.)	18000–13500	130 0–2050.	Antimon	16000–17000	16500–17500
Plattenzink	15500–16500	11500–17000	Silber für 1 Gr.	2275–2375	3025–3075
Aluminium	–.–	79500.–	Platin p. Gr.	–	45000

London, 19. Juni. (WB) Metallmarkt. (in Lst. für d. engl. t. v. 1016 kg.)

	18.	19.		18.	19.		18.	19.
Kupfer Kasse	67.45	68.65	bestselect.	71.50	70.50	Blei	24.85	24.85
do. 3 Monat	57.75	67.–	Nickel	135.–	135.–	Zink	29.70	29.25
do. Elektrol	74.50	73.50	Zinn Kasse	190.15	187.85	Quecksilber	10.50	11.10
			do. 3 Monat	191.–	181.85	Regulus	35	34½

Amerikanischer Funkdienst

New York, 19. Juni. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	18.	19.		18.	19.		18.	19.
Kaffee loco	11.78	11.76	Zuf. zus.	5000	6000	stand wt.	13.–	13.–
Juli	8.48	8.34	Elektrolyt	15.15	15.15	Cred. Bal.	3.25	3.26
Septbr.	7.8	7.59	Zinn loko	40.75	40.75	Zucker Central	6.78	6.64
Dezemb.	7.30	7.34	Blei	7.25	7.25	Terpentin	105.–	101.–
März	7.30	7.29	Zink	6.–	6.–	Savannah	97.75	97.25
Mai	7.30	7.28	Eisen	29.25	29.15	R. Ord Baum	28.25	28.–
Baumw. loco	28.–	27.80	Weißblech	5.62	5.61	Weizen rot	131.75	126.50
Juni	–.–	–.–	Schmalz wt.	12.1/	12.17	Hart loko	125.75	125.50
Juli	26.67	26.50	Talg	7.45	7.50	Mais loko	96.–	97.–
August	25.25	25.60	Baumwollöl	11.35	11.3[illegible]	Mehl niedr. Pr.	5.–	[illegible]
Septemb.	26.60	24.70	Juli	11.15	11.09	höchst. Pr.	5.90	5.10
Oktober	24.–	24.18	Petrol. cases	15.–	15.–	Getrdfr. Engl.	1.6	1.6
			tanks	6.–	6.–	Kontinent	8.–	8.–

Chicago, 19. Juni (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	18.	19.		18.	19.		18.	19.
Weizen Juli	107.15	107.3[illegible]	Roggen Sept.	69.61	69.–	Schweine		
„ Sept.	106.45	106.75	Schmalz Juli	11.15	11.22	leicht niedr.	6.95	7.10
Mais Juli	81.–	82.65	Okt.	11.3/	11.42	höchst.	7.45	7.40
„ Sept.	77.45	78.6[illegible]	Pork	–.–	–.–	schw. niedr.	6.90	7.–
Hafer Juli	40.50	40.75	Rippen Sept.	9.32	9.35	höchst.	7.30	7.50
„ Sept.	37.70	37.85	Speck niedr.	9.25	9.25	Zuf. Chicago	33000	26000
Roggen Juli	67.75	68.6[illegible]	höchst.	10.–	10.–	Westen	15.000	111000

Schiffahrt

* **Schiffs-Nachricht.** Dampfer „Volendam" der Holland Amerika Linie, Rotterdam, am 6. Juni von Rotterdam, ist am 16. Juni, vormittags in New York angekommen.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2. Direktion: Ferdinand Heyme — Chefredakteur: Kurt Fischer. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: i. V.: Dr. Fritz Hammes; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik: i. V. Franz Kircher; für Gericht und Sport: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

Prinzessin Suwarin nach dem gleichnamigen Roman in der „Berliner Illustrierten Zeitung" mit Lil Dagover, Rudolf Klein-Rogge, Xenia Desni und Alfred Abel **Wohin???**

Offene Stellen

Bilanzsicheren älteren **Buchhalter** für halbtägige Beschäftigung zu sofortigem Eintritt gesucht. 4252 Angebote unter P. R. 116 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wegen Personalerkrankung per sofort auf ca. 6 Wochen *8303 **Herr oder Fräulein gesucht** perfekt in Büroarbeiten, Stenographie und Schreibmaschine. Angebote unter C. L. 61 an die Geschäftsstelle.

Perfekte **Stenotypistin** zum sofortigen Eintritt von Kohlengroßhandlung gesucht. Anfängerinnen ausgeschlossen. Angebote unter C. A. 51 an die Geschäftsstelle d. Blattes. B9016

Hiesige Gesellschaft der Metallbranche sucht zu baldigem Eintritt **eine tüchtige Stenotypistin** erste Kraft, keine Anfängerin, ferner: **eine Dame für Registratur** Schriftl. Angebote mit Zeugnisabschriften u. erbeten an *8307 „Armatura" Verkaufsgesellschaft, Mannheim, D 1. 4.

Alleinmädchen selbständig u. fleißig, mögl. zum sofortig. Eintritt bei hoh. zeitgem. Lohn u. freier Schuhreparatur, sowie gut. Behandlg. u. Verpflegung nach Neuostheim gesucht. Vorzustell. zw. 8 Uhr vorm. u. 5 Uhr nachm. in F 5 Nr. 1, part. rechts. B9017

Ordentliche, zuverlässige **Putzfrau** täglich für die Morgenstunden zur Reinigung unserer Büros gesucht. Angeb. unt. B. E. 30 an die Geschäftsstelle d. Bl. *8250

Für unsere 1589 **Lohnverrechnung** tüchtiger, jüngerer **Beamter** sicherer Rechner, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Nur bestempfohlene Herren wollen sich zunächst schriftlich melden. 1589 Mannheimer Maschinenfabrik **Mohr & Federhaff** Mannheim.

Zur Aushilfe tüchtige **Stenotypistin** für 2—3 Monate gesucht. 1587 Nur erstklassige Kräfte wollen sich melden unter P. U. 119 an die Geschäftsstelle.

Lehrmädchen aus achtbarer Familie für Parfümerie-Geschäft gesucht. *8208 Angebote m. Zeugnisabschrift. unt. B. T. 47 an die Geschäftsstelle.

Zuverlässiges, solides **Mädchen** bei hohem Lohn, guter Verpflegung u. sonstigen Zuwendungen d. sof. od. 1. Juli gesucht. *8179 Müller, Hebelstr. 11 II.

Tücht., sauberes **Mädchen** tagsüb. g. zeitgem. Lohn sof. od. spät. gesucht. 8228 Rippe, P 6. 17/18.

Zuverläss. Mädchen aus guter Familie für k. kinderlosen Haushalt gesucht. *8294 O 1, 5, 2 Treppen zwischen 2 und ½4 Uhr.

Weinlokal sucht für abends **Frau oder Fräulein** die kochen kann u. Weinausgabe übernimmt. Angeb. unt. P. S. 117 a. d. Geschäftsst. 1583

Stellen-Gesuche

Unexaminierte **Apothekerin** übernimmt Vertretung. Angeb. unt. C. B. 52 a. d. Geschäftsst. *8282

Stellen-Gesuche

Stellenloser Junglehrer mit 1jähr. Verw.-Praxis, ½jähr. Banktätigkeit u. guten Zeugnissen sucht **Beschäftigung** gleich welcher Art. Gefl. Aufforderung zur Vorstellung erbeten an die Geschäftsstelle unter B. Z. 50. *8279

Junge Dame perfekte Stenotypistin, erfahren im Gehalts- und Versicherungswesen, bereits i. Sekretariat von Bank tätig gewesen, sucht sofort oder später entsprechenden Posten. Angebote unter B. V. 46 an die Geschäftsstelle dieses Blattes *8270

Verkäufe

Geschäftshaus in Heidelberg sofort zu verpachten oder zu verkaufen. Zentrale Lage. Laden. Nebenräume. Fabrikationsräume. Einfahrt. Hof. Eignet sich für jeden Betrieb. Elfangebote unter P. M. 111 an die Geschäftsstelle. 4228

Mehrere 4256 **5 to Lastwagen-Anhänger auf Kugellager laufend** sofort preiswert verkäuflich. **Kramag-Würzburg** Tel.: 2818, 2819, 2820, 2821.

Auto 8/30 PS. — Selve 4-Sitzig, kompl., fahrfertig, mit elektr. Beleuchtung etc. preiswert zu verkaufen. *8297 Näheres unter Telephon Nr. 8725.

Die Einrichtung einer stillgelegten **Mannheimer Elektromotoren-Fabrik** ist im Ganzen und Detail 650 **zu verkaufen.** Das Inventar, bestehend aus Prüffeld, Laboratorium, Schaltanlagen, Hilfs-Apparate, Meß-Instrumente, **Drehbänke**, Bohrmaschinen, **Elektromotoren** verschiedener Stärken, neu und gebraucht, Kaltsägen, komplette Transmissionen, Werkbänke, Schraubstöcke, **Dynamo-Drähte**, Messing, Kupfer, Rotguß, Installations-Materialien, Werkzeuge, Hebe-Werkzeuge, Aufzüge, Büro- und Lagereinrichtung, kann Donnerstag den 21., Freitag den 22. und Samstag den 23. Juni vormittags 8—12 Uhr Mannheim, Traitteurstr. 43 (Telephon 6294) besichtigt werden, woselbst auch der Verkauf gegen Kasse stattfindet. Evtl. schriftliche Angebote erbeten u. F. M. 465 an Rudolf Mosse, Mannheim.

Auto wenig gebraucht, zu verkaufen. Ang. u. C. E. 55 an die Geschäftsstelle.

Lagerschuppen 40/18 m, zu verk. Näh. Gg. Jünger, Uhlandstraße 16, Tel. 5233. *8271

Kunstliebhaber! 3 Alt-Meißen-Tassen, einige Kupfer- u. Farbstiche gegen Höchstgebot zu verkaufen. *8284 Angeb. unt. C. C. 53 an die Geschäftsstelle.

Guterhalt. Klappwagen mit Dach billig zu verk. Dammstraße 4 IV. *8283 Eichmann.

Neues Chaiselongue zu verkaufen. Anzuseh. 12—2 Uhr. *8299 U 6. 19, Kaßler.

2tür. lackierter **Kleiderschrank** gut erh., zu verk. *8293 L 13. 7 IV, Burgnis.

Piano erstkl. Friedensware, wie neu, zu verkauf. *8285 Angeb. unt. C. D. 54 an die Geschäftsstelle.

Gebr. Küche (3teilig). B9005 **u. kleiner Herd** zu verkaufen. Zu erfrag. nachm. zw. 5—7 Uhr in F 4. 15 bei Warnhöfer.

Speisezimmer dunkel eichen, komplett, weiß email., vernickelt. **Kochherd** und schwarzer **Säulenofen** alles sehr gut erhalten, zu verkaufen. *8274 Fuchsschwanz, Rupprechtstraße 14 p. l., Tel. 2297. Anzuseh. v. 2—7 Uhr.

Schlafzimmer weiß lackiert, preiswert zu verkaufen. *8056 Schreinerei Weiß, L 4, 10.

Kinderwagen (Brennabor) fast neu, zu verkaufen bei Schmöbel, Jungbuschstr. 33, 3. St. *8244

Damen- und Herrenräder neu u. gebraucht, verkauft ab Lager billigst Reusch, Fahrräder, Uhlandstr. 6, Hof. 2—6 Uhr. B8994

Kinder-**Haarspangen** aller Art. 586 Kraft, J 1, 6, Breitestr.

Zu verkaufen: 1 Füllofen 1 Sparherd 1 Schreibtisch Müller, Rheinaustrasse 17, II. St.

1 prima Zimmerstutzer mit Ueberzug, 1 Violine, 1 Rebenspritze (Baumspritze) zu verk. *8287 Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Eisernes Bett m. Kapokmatr., Kinderbett, Waschtisch, Nachttisch m. Marmorplatten zu verkaufen. *8289 Meerfeldstr. 84, Hths.

Rasserreiner **Rottweiler** mit Stammbaum, sehr wachsam, zu verkaufen. Sachs & Co., F 7, 20. *8306 Tel. 219.

Kauf-Gesuche.

Gebrauchtes, gut erhaltenes *8238 **Klavier** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an W. Fucke-Michels, Richard Wagnerstr. 18.

Kabinen-Koffer Rohrplatten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. B. F. 31 an die Geschäftsst. B9007

Eine guterhaltene **Bade-Einrichtung** zu kaufen gesucht. Angebote unt. B. W. 47 an die Geschäftsst. *8272

Ich kaufe alle Sorten *8153 **Flaschen, Lumpen, Papier, Bücher sowie Felle, Knochen, Eisen** zu Tagespreisen. **Alex. Frankfurter** Dalbergstr. 31. Tel. 8679 Es wird alles frei abgeholt

Kaufe alle Sorten **Papier** B8980 **Weinflaschen Eisen, Metalle Kleider, Schuhe** Fassier, S 2. 12. Tel. 8936.

Zahngebisse Alt-Gold, Silber kauft B8993 Mantel, O 5. 2.

Alte Gebisse kauft 537 Brym, G 4, 13, 2 Tr.

MARCHIVUM

National-Theater Mannheim

Mittwoch, den 20. Juni 1923
48. Vorstellung in Miete B
Freie Volksbühne Nr. 1—270 u. 3261—3360 u. 5771—5870 u. 6601—6970.

COLUMBUS

Trauerspiel in 3 Akten (18 Bildern) von Franz Joh. Weinrich. In Szene gesetzt von Eugen Felber. Bühnenbilder: Heinz Grete.
Anfang 6½ Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Ferdinand, König von Aragonien — Wilhelm Kolmar
Isabella, Königin von Castilien, seine Gemahlin — Maria Andor
Prinz Don Juan, Infant von Spanien, beider Sohn — Richard Eggarter
Columbus — Rudolf Wittgen
Beatrice, seine Frau — Anneliese Born
Meister Pinzon, Schiffer aus Palos — Josef Renkert
Francisco, Diener Don Juans — Gerhard Ritter
Santangel, Quintanilla } Offiziere des Königs — { Paul Rose, Georg Köhler
Boabdil, König von Granada — K. Neumann-Hoditz
Die Königin des goldenen Hauses — Else von Hagen
Der Oberpriester — Georg Köhler
Der Papst — Hans Godeck 43
Erster, Zweiter } Mörder — { Ernst Sladeck, Hermann Trembich

Neues Theater im Rosengarten

Mittwoch, den 20. Juni 1923
Für die Theatergemeinde der Freien Volksbühne: F. V. B. Nr. 1001—1100 u. 2751—2800 u. 7251—8400

Dorine und der Zufall

Lustspiel mit Musik in 3 Akten von Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterk. — Musik von Jean Gilbert. — In Szene gesetzt von Karl Marx. Musikalische Leitung: Paul Breisach.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Dorine . . . Gertrud Runge a. G.
Emanuel . . . Fritz Bartling
Robert . . . Max Lipmann
Paul . . . Alfred Landory
Doktor Sutri . . . Hugo Voisin
Der Diener Franz . . . Anton Gaugl. 82

Tanzschule Pfirrmann

Morgen Donnerstag abend beginnt ein neuer *am

Mode-Perfektionskurs

C. W. WANNER

HAUS ERSTEN RANGES FÜR FEINE

HERREN- UND DAMENMODEN

SPEZIALITÄT:
VORNEHME ELEGANTE MASSANFERTIGUNG

LETZTE NEUHEITEN:
REGENMÄNTEL — HÜTE
SELBSTBINDER — HEMDEN
KRAGEN — SOCKEN
REISEDECKEN

MODERNE FORMEN FERTIGER
KOSTÜME
MÄNTEL
REGENMÄNTEL
ANFERTIGUNG FEINER
KOSTÜME UND SPORTKLEIDUNG

M 1, 1 — **C. W. WANNER** — BREITESTR.
Gegründet 1883

Tagtäglich bei ausverkauftem Hause:

Razzia

6199
Kriminal-Sittenfilm aus dem Großstadtleben.

Charlie Chaplin

als Auswanderer. — Groteske in 2 Akten.

Palast-Theater — Palast-Theater

Künstlertheater „Apollo"

Heute Mittwoch ringen: **Alle Kämpfe bis zur Entscheidung**
v. d. Heyd—Randolfi Christensen—Luppa
Jenner im beiden Ringkampf 1. Sieger Prämie 100000 M.
Gebhard—Stoll. Morgen Donnerstag
Schluss der Konkurrenz und Preisverteilung
um den I. u. II. Preis Gebhard—v. d. Heyd
um den 3. 4. 5. 6. Preis ? ? ?
Siehe morgige Anzeige. S209

„Café Corso"

J 1, 6 Breitestraße J 1, 6

Gastspiel
des berühmten Experimental-Psychologen
Girady Fips
in seinen phänomenalen Gedankenübertragungen. Außerdem: 4266
Paul Haase
mit neuem Repertoir
Dan Hops, der drollige Fangkünstler
Lene Kamuli mit neuem Repertoir
und die urkomische Burleske
Aus alter Zeit
Der grösste Lachschlager.
Kommen! Sehen! Lachen!

FRIDERICUS REX

Heute zum letzten Mal
1. und 2. Teil, ab Samstag bis Mittwoch 3. Teil. S208
Es wird dringend gebeten, die 4 Uhr-Nachmittags-Vorstellung zu besuchen!

LICHTSPIELHAUS
Neckarvorstadt, Mittelstr. 41.

Wirtschaftsinventar-Versteigerung

am **Freitag, 22. Juni 1923** in Mannheim H 3, 4: 1 Wirtschaftsbüfett mit allem Zubehör, 1 Gläserschrank, 1 Glasschränkchen mit Kühler, runde und viereckige Tische, ca. 50 gute Holzstühle, Kleiderhaken, **Wein- u. Biergläser, Karaffen,** Humpen usw. 4260
Dreirichter **Gg. Landsittel** — Tel. 7309
gerichtl. beeidigter Schätzer.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Städtische Sparkasse Mannheim

Die Zinssätze für **Guthaben** an die Sparkasse sind mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab wie folgt festgesetzt worden:
a) für **reine Spareinlagen** auf 10%,
b) für täglich abhebbare **Guthaben in laufender Rechnung** (Scheck- und Giroguthaben) auf 8%.

Für Guthaben nach Buchstabe a über ℳ 50 000 (sog. Depositen) kann der Zinssatz je nach Dauer der zu vereinbarenden Unkündbarkeitsfrist bis zu 9% erhöht und auch für Guthaben nach Buchstabe b kann je nach ihrer Höhe ein **gesteigerter** Zinsfuß vereinbart werden.

Gleichzeitig wurde eine Höchstgrenze für **Spareinlagen** nicht mehr festgesetzt und die niedrigste Summe für eine **erstmalige** Einlage auf ℳ 1000 bestimmt.

Auf die einkommensteuerfreien Spareinlagen bis zu ℳ 48 000 jährlich wird auch an dieser Stelle besonders hingewiesen.

Auskunft an den Schaltern der Sparkasse und ihren Girozweigstellen in N 2 Nr. 3. 90

Gedag

Vollversammlung
am 22. ds., abds. 8 Uhr „Liedertafel", K 2, 32.
Bericht über 1581 Gaul-Verhandlungen.
Mitgliedsbücher vorzeig.

Miet-Gesuche.

Regierungsrat sucht
1-2 gut möbl. Zimmer
Angebote unt. Z. U. 98 a. d. Geschäftsst. B8996

Möbl. Zimmer
sucht sol. Herr p. sofort od. 1. Juli. Bettwäsche kann gestellt werd. Angeb. erb. unt. B. G. 32 a. d. Geschäftsst. *9262

Suche f. mein. Begl.-Herren *9277
einf. möbl. Zimmer oder gute Schlafstelle.
Ferd. Dinig, Jungbuschstraße 20.

Wohnungstausch!

Geboten: Elegant. mod. 4 Zimmerwohnung und Mädchenz. in Mannheim.
Gesucht: Ebens. Wohnung in Heidelberg. Gefl. Angebote unt. B. J. 34 a. die Geschäftsst. B9009

Geldverkehr.

Suche mich mit 10 Millionen an rentablem Unternehmen B8995
zu beteiligen
am liebsten in der Holzbranche. Gefl. Zuschr. u. Z. R. 95 an die Geschäftsst. erb.

Vermischtes.

Erfinder
Aufklärung über
Patent- u. Gebrauchsmuster
durch unsere Broschüre
umsonst.
Allg. Handelsgesellschaft
Leipzig 21 Es
Windmühlenstr. 1—3.

Gold- u. Silberschmuck
Trauringe streng reell.
Goldschmied J. Fodorgrün
Q 5, 3.
S71

Wer nimmt ¾J. Kind (Mädchen) *9192
in Pflege
gegen gute Bezahlung? Angebote unter A. C. 3 an die Geschäftsstelle.

Verloren.

Hohe Belohnung!
Kleiner gelber *9278
Schnauzer entlaufen.
Abzugeben C 3, 20.

Statt Karten!

4256

Alice Simon
Franz Oppenheimer
Verlobte

Lachnerstraße 3 — Luisenring 10

Zu Hause: 24. 6. 1923.

Renate!

Die glückliche Geburt einer gesunden 4262
Tochter
beehren sich anzuzeigen
Stefan Kaufmann und Frau Margarethe geb. Wolff

Mannheim, den 19. Juni 1923.
Charlottenstrasse 19

Allgemeine Ortskrankenkasse Mannheim.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. Juni 1923 die Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung mit Wirkung vom 18. Juni d. J. ab auf ℳ 12 150 000.— pro Jahr festgesetzt worden ist. Die Anmeldung der hierdurch wieder in die Versicherung einbezogenen Personen hat bis spätestens 25. Juni d. J. zu erfolgen.

Weiter geben wir bekannt, daß der Kassenvorstand auf Grund der obengenannten Verordnung am 15. d. M. beschlossen hat, den Grundlohn bis auf ℳ 30 000.— zu erhöhen. Den bisherigen 10 Lohnstufen werden daher mit Wirkung vom 18. d. M. ab 4 weitere Lohnstufen angefügt, und zwar:

Lohnstufe	Arbeitsverdienst für den Kalendertag über M.	bis M.	Grundlohn M.	Beiträge im Ganzen M.	Anteil des Arbeitgeb. M.	Anteil des Versicherten M.
11	10000	20000	18000	9450	3150	6300
12	20000	24000	22000	11550	3850	7700
13	24000	28000	26000	13650	4550	9100
14	28000		30000	15750	5250	10500

Die Herren Arbeitgeber sind verpflichtet, für alle versicherungspflichtigen Beschäftigten, deren Arbeitsverdienst über die bisherige höchste Lohnstufe 10 hinausgeht, bei denen also der Arbeitsverdienst höher ist wie ℳ 12 300.— pro Tag, die Lohnangabe alsbald, längstens bis 25. Juni d. J. an unsere Kasse einzureichen. Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen der R.-V.-O. bestraft.

Es wird empfohlen, die vorstehende Bekanntmachung auszuschneiden und aufzubewahren.

Mannheim, den 19. Juni 1923. 4254
Der Vorstand.

Privatkinderheim Heidelberg

Leit.: H. u. H. Förster. Kinder von 4—12 Jahren finden liebevolle Aufnahme, beste Erziehung, vorzügliche Ernährung, allererste Ref. z. D. B8987

Herde und Oefen Reparatur-Werkstätte

Der schlechteste Herd wird wie neu hergerichtet. Garantie für Brennen und Backen.
Setzen, Putzen u. Ausmauern.
Herdschlosserei **Krebs, J 7, 11,** Glasstrasse
Telephon 8819. S74

Tieferschüttert mache ich allen Freunden u. Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass meine brave, innigst geliebte u. unvergessliche Frau, meine getreue Mitarbeiterin, unsere herzensgute Mutti, unsere liebe Schwester u. Schwägerin

Dr. med. Edda Stoffel

geb. Stempel

in einem Sanatorium an einem Herzschlag sanft im Herrn entschlafen ist. *9281

Im Namen der Hinterbliebenen
In tiefster Trauer:
Dr. A. Stoffel.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 21. Juni, mittags 1 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

GILKA-BLUT-ORANGE

Vertreter in Mannheim:
J. Louis Haas
Telephon 598 u. 599 E47

Juwelen, Gold- u. Silberwaren

Trauringe mit und ohne Goldzugabe.
G. Rexin, Breitestraße, **H 1, 6**
Werkstätte Hinterhaus. **Tel. 8850.** 646

Bestecke

in Alpacca, echt Silber u. versilbert, in den neuesten Mustern, finden Sie immer noch am billigsten bei 1537
Ludwig Groß, F 2, 4a.

Auto-Lastfahrten

führt aus B9015
Fr. Künzel. Telephon 6270.

Miet-Gesuche

Wir suchen für einen unserer Beamten
möbliertes
Zimmer
gegen zeitgemäße Bezahlung in gutem Hause. Gefl. Angeb. sind zu richten an **Gebr. Röchling, Mannheim.** 4250

Wohnungstausch!

Geboten: 5 Zimmer, Nähe Börse.
Gesucht: 3 Zimmer, gute Lage.
Angebote unter C. M. 62 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. *9268

Wohnungstausch.

Biete: Schöne, neu hergerichtete 4 Zimmer-Wohnung, Mansarde, Elektrisch, Gas, Balkon, Ringlage. B9019
Suche: Moderne 5—6 Zimmer, Elektrisch, Bad, Mansarde. Umzugskosten werden vergütet. Angebote unter B. K. 35 an die Geschäftsstelle.

Wohnungstausch.

Geboten: Einfamilienhaus mit 6 Zimmer, Küche, Bad und Garten in Feudenheim.
Gesucht: 4 Zimmer-Wohnung in Mannheim. Angeb. unt. C. K. 60 an die Geschäftsst. *9266

Wohnung.

Tausche 4 Zimmer-Wohnung in schönster Lage Mannheims gegen 6—7 Zimmer-Wohnung in guter Lage Mannheims. Angebote unt. C. O. 57 an die Geschäftsstelle d. Bl. *9251

Mineralölfirma

sucht im unbebauten Gebiete Mannheims eine
Abfüllstelle für Benzin-Kesselwagen
sowie Lagerplatz für ca. 200 gefüllte Benzinfässer. Angebote unter M. M. 666 an Ala-Haasenstein u. Vogler, Mannheim. E130

MARCHIVUM